



<u>Veranstaltung:</u>	B-IV
<u>Ausbildungseinheit:</u>	Leitstellenorganisation
<u>Thema:</u>	
<u>Ausgabe:</u>	31.08.2020
<u>Zuständig:</u>	Abteilung 2
<u>Bearbeitet von:</u>	Alexander Siebert-Ernst
<u>Literaturhinweis:</u>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ HRDG 2011 Fassung 2018</li><li>▪ Verordnung zur Durchführung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes vom 2011</li></ul>

# Hessisches Rettungsdienstgesetz (HRDG)

Landesrecht Hessen

<b>Titel:</b> Hessisches Rettungsdienstgesetz (HRDG)	<b>Normgeber:</b> Hessen
<b>Amtliche Abkürzung:</b> HRDG	<b>Gliederungs-Nr.:</b> 351-83
<b>gilt ab:</b> 01.01.2011	<b>Normtyp:</b> Gesetz
<b>gilt bis:</b> 31.12.2026	<b>Fundstelle:</b> GVBl. I 2010 S. 646 vom 28.12.2010

## Hessisches Rettungsdienstgesetz (HRDG) \*)

Vom 16. Dezember 2010 ( GVBl. I S. 646 )

Zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. September 2018 ( GVBl. S. 580 )

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

<b>Inhaltsübersicht</b>	<b>§§</b>
Aufgabe des Rettungsdienstes	1
Geltungsbereich	2
Begriffsbestimmungen	3
Auftrag	4
Träger und Durchführung	5
Zentrale Leitstellen	6
Rettungsdienstliche Versorgung bei Großschadensereignissen	7
Kosten	8
Benutzungsgebühren der Träger des Rettungsdienstes	9
Benutzungsentgelte und Schiedsstelle	10
Beauftragung	11
Aufsicht	12
Schutz von Bezeichnungen	13
Betriebspflicht, Einsatzpflicht	14
Rettungsdienstplan, Fachplan Luftrettung, Bereichsplan	15
Landesbeirat und Bereichsbeiräte	16
Datenschutz, Auskunftspflicht	17
Regelung der Aus- und Fortbildung des Einsatzpersonals	18
Qualitätssicherung	19
Ärztliche Leitung des Rettungsdienstes	20
Zuständigkeit zum Erlass der Rechtsverordnungen	21
Bußgeldvorschriften	22
Inkrafttreten, Außerkrafttreten	23
*)	

GVBl. II 351-83

## **§ 1 HRDG – Aufgabe des Rettungsdienstes**

<sup>1</sup>Der Rettungsdienst ist eine öffentliche Aufgabe der Gefahrenabwehr und der Gesundheitsvorsorge und integraler Bestandteil eines umfassenden Bevölkerungsschutzes in allen Situationen, in denen die Gesundheit von Menschen gefährdet ist. <sup>2</sup>Er hat die bedarfsgerechte, wirtschaftliche und dem aktuellen Stand der Medizin und Technik entsprechende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransports sicherzustellen.

## **§ 2 HRDG – Geltungsbereich**

Dieses Gesetz gilt nicht für

1. Sanitätsdienste der Polizei, der Bundeswehr und der Bundespolizei,
2. die Durchführung von Sanitätsdiensten innerhalb von öffentlichen Veranstaltungen mit einer Vielzahl von Teilnehmern,
3. Beförderungen zur medizinischen Versorgung von Personen innerhalb des Geländes von Betrieben oder innerhalb von Standorten eines nach § 108 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch zugelassenen Krankenhauses,
4. die sonstige Beförderung von kranken Personen, die nach ärztlicher Beurteilung keiner fachgerechten Hilfe oder Betreuung bedürfen (Krankenfahrten),
5. die Beförderung Behinderter, sofern deren Betreuung ausschließlich auf die Behinderung zurückzuführen ist,
6. Leistungserbringer, die ihren Betriebssitz und den Schwerpunkt ihrer betrieblichen Tätigkeit außerhalb Hessens haben und in Hessen aufgrund einer in einem anderen Bundesland erfolgten Zulassung nur tätig werden, weil der Ausgangs- oder Zielort einer rettungsdienstlichen Leistung in Hessen liegt,
7. Einsätze, die ihren Ausgangs- oder Zielort außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben, sowie für Anschlusstransporte,
8. Einheiten und Einrichtungen des Zivil- und Katastrophenschutzes.

## **§ 3 HRDG – Begriffsbestimmungen**

(1) Der Rettungsdienst umfasst den bodengebundenen Rettungsdienst sowie die Berg-, Luft- und Wasserrettung.

(2) Die Notfallrettung umfasst die medizinische Versorgung von Notfallpatientinnen und Notfallpatienten durch dafür besonders qualifiziertes Personal und die notwendige Beförderung in dafür besonders ausgestatteten Rettungsmitteln unter notfallmedizinischen Bedingungen.

(3) Der Krankentransport umfasst die aufgrund ärztlicher Beurteilung notwendige Beförderung und die damit im Zusammenhang stehende fachliche Betreuung von kranken, verletzten oder hilfsbedürftigen Personen, die keine Notfallpatientinnen oder Notfallpatienten sind, in einem dafür besonders ausgestatteten Rettungsmittel durch dafür besonders qualifiziertes Personal.

(4) Notfallpatientinnen oder Notfallpatienten sind Personen, die sich infolge einer Erkrankung, Verletzung, Vergiftung oder aus sonstigen Gründen in unmittelbarer Lebensgefahr befinden oder bei denen diese zu erwarten ist oder bei denen schwere gesundheitliche Schäden zu befürchten sind, wenn keine schnellstmögliche notfallmedizinische Versorgung oder Überwachung und gegebenenfalls eine Beförderung zu weiterführenden diagnostischen oder therapeutischen Einrichtungen erfolgt.

(5) <sup>1</sup>Die notärztliche Versorgung ist die Gewährleistung der medizinischen Versorgung von Notfallpatientinnen und Notfallpatienten durch entsprechend qualifiziertes ärztliches Fachpersonal. <sup>2</sup>Sie umfasst die präklinische Versorgung von Notfallpatientinnen und Notfallpatienten, bei denen unverzüglich lebensrettende Maßnahmen durchzuführen sind, die Transportfähigkeit herzustellen ist und die gegebenenfalls in dafür ausgestatteten Rettungsmitteln in eine für die weitere Versorgung und Behandlung geeignete Einrichtung zu befördern sind.

<sup>3</sup>Darüber hinaus umfasst die notärztliche Versorgung die Verlegung von primärversorgten Notfallpatientinnen oder Notfallpatienten. <sup>4</sup>Sie umfasst nicht den Notdienst des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen im Sinne des § 75 Abs. 1b Satz 1 des Fünften Buchs Sozialgesetzbuch.

(6) Ein Großschadensereignis ist ein größeres Notfallereignis unterhalb der Katastrophenschwelle.

(7) Der Rettungsdienstbereich ist das Gebiet, in dem die Leistungen des Rettungsdienstes durch eine Zentrale Leitstelle nach § 6 gelenkt und aufeinander abgestimmt werden.

(8) Rettungswachen sind Einrichtungen, an denen die für ein Teilgebiet eines Rettungsdienstbereiches (Versorgungsbereich) erforderlichen Rettungsmittel und das Fachpersonal einsatzbereit vorgehalten werden.

(9) Rettungsmittel sind die nach dem Rettungsdienstplan des Landes zum Einsatz im Rettungsdienst bestimmten boden-, luft- oder wassergebundenen Spezialfahrzeuge.

(10) Leistungserbringer sind die nach § 5 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 4 Satz 2 beauftragten Dritten.

(11) Leistungsträger sind die Krankenkassen, der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung sowie der Landesausschuss Hessen des Verbandes der privaten Krankenversicherung.

## **§ 4 HRDG – Auftrag**

(1) <sup>1</sup>Die Aufgaben der Notfallrettung und des Krankentransports sind in organisatorischer Einheit durchzuführen. <sup>2</sup>In begründeten Ausnahmefällen können Notfallrettung und Krankentransport ausnahmsweise ganz oder teilweise organisatorisch getrennt durchgeführt werden.

(2) Die Leistungserbringer sind verpflichtet, Aufträge ausschließlich über die zuständige Zentrale Leitstelle entgegenzunehmen und auszuführen.

## **§ 5 HRDG – Träger und Durchführung**

(1) <sup>1</sup>Träger des bodengebundenen Rettungsdienstes einschließlich der notärztlichen Versorgung sowie der Berg- und Wasserrettung sind die Landkreise und kreisfreien Städte. <sup>2</sup>Sie nehmen die Aufgabe als Selbstverwaltungsangelegenheit wahr, soweit in § 6 Abs. 3 nichts anderes bestimmt ist. <sup>3</sup>Die Landkreise und kreisfreien Städte können den bodengebundenen Rettungsdienst ganz oder teilweise mit Eigenbetrieben oder Feuerwehren selbst durchführen.

(2) Zur Erfüllung ihrer Aufgabe können die Landkreise und kreisfreien Städte

1. die nach Bundes- oder Landesrecht als Zivil- oder Katastrophenschutzorganisationen anerkannten gemeinnützigen Hilfsorganisationen, insbesondere
  - a) den Arbeiter-Samariter-Bund,
  - b) die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft,
  - c) das Deutsche Rote Kreuz,
  - d) die Johanniter-Unfall-Hilfe,
  - e) den Malteser-Hilfsdienst

und

2. andere für die Mitwirkung im Katastrophenschutz anerkannte Organisationen

einschließlich der Untergliederungen und Tochtergesellschaften mit der Durchführung der Leistungen des Rettungsdienstes beauftragen.

(3) <sup>1</sup>Benachbarte Landkreise und kreisfreie Städte sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Zusammenarbeit verpflichtet. <sup>2</sup>Sie haben insbesondere die Funktionsfähigkeit der rettungsdienstbereichsübergreifenden Notfallrettung zu gewährleisten und bei der Bedarfsplanung im eigenen Rettungsdienstbereich zu berücksichtigen. <sup>3</sup>Wenn dies fachlich und wirtschaftlich geboten ist, sollen sie sich ganz oder teilweise zu einem gemeinsamen Rettungsdienstbereich mit einer gemeinsamen Bereichsplanung und einer gemeinsamen Zentralen Leitstelle zusammenschließen. <sup>4</sup>Die Vereinbarung bedarf der Zustimmung des für das Rettungswesen zuständigen Ministeriums und des für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Ministeriums.

(4) <sup>1</sup>Träger der Luftrettung ist das Land. <sup>2</sup>Das Land kann die Aufgaben der Luftrettung ganz oder teilweise selbst durchführen oder sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen. <sup>3</sup>Die Leistungserbringer müssen die Anforderungen des Fachplanes Luftrettung nach § 15 Abs. 3 erfüllen.

(5) Zuständige Behörde für die Durchführung der Luftrettung ist das Regierungspräsidium Gießen.

(6) Die Träger des Rettungsdienstes haben im Zusammenwirken mit den Krankenhäusern darauf hinzuwirken, dass die Aufnahme von rettungsdienstlich erstversorgten Personen in geeigneten Krankenhäusern jederzeit gewährleistet ist.

## **§ 6 HRDG – Zentrale Leitstellen**

(1) <sup>1</sup>Für jeden Rettungsdienstbereich ist eine ständig erreichbare und betriebsbereite gemeinsame Leitstelle für die Alarmierung, Koordinierung und Lenkung der Allgemeinen Hilfe, des Brandschutzes, des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes (Zentrale Leitstelle) einzurichten und mit den notwendigen Fernmelde-, Notruf-, Alarmierungs- und Dokumentationseinrichtungen auszustatten. <sup>2</sup>Die Zentrale Leitstelle soll darüber hinaus die Sicherstellung der ambulanten Versorgung der Bevölkerung unterstützen und dabei mit dem Ärztlichen Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen und dem privatärztlichen Bereitschaftsdienst eng zusammenarbeiten, um die erforderliche Versorgung der Patientinnen und Patienten bei den für sie zuständigen Leistungserbringern zu erreichen.

(2) <sup>1</sup>Die Zentrale Leitstelle hat alle Notrufe und Notfallmeldungen entgegenzunehmen und die notwendigen Einsatzmaßnahmen zu veranlassen, zu lenken und zu koordinieren. <sup>2</sup>Medizinische Hilfersuchen sind nach den jeweiligen Erfordernissen zu disponieren; zur Feststellung des Bedarfs kann Rücksprache mit einer Ärztin oder einem Arzt genommen werden. <sup>3</sup>Zur Abstimmung der Einsatzsteuerung bei rettungsdienstlichen Großschadensereignissen ist für jede Zentrale Leitstelle ein Führungsstab zu bilden. <sup>4</sup>Für den Brandschutz und die Allgemeine Hilfe gelten die auf der Grundlage der Bedarfs- und Entwicklungspläne nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2014 ( GVBl. S. 26 ), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. August 2018 ( GVBl. S. 374 ), für den Katastrophenschutz die nach § 31 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes erstellten Alarm- und Ausrückeordnungen. <sup>5</sup>Das Nähere über

1. die allgemeinen Aufgaben und Befugnisse, die Besetzung und Ausstattung, die Dienst- und Fachaufsicht, die Zusammenarbeit mit den Beteiligten,
2. die besonderen bereichsübergreifenden Aufgaben in speziellen Bereichen des bodengebundenen Rettungsdienstes und in der Luftrettung,
3. die Qualifikation sowie die Aus- und Fortbildung des Personals,
4. die Organisation und den Betrieb, insbesondere die Einsatzerfassung, -bearbeitung und -dokumentation einschließlich der Anforderungen an den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung,
5. die Aufgaben, Besetzung und Befugnisse des Führungsstabes und
6. die Erstattung der Kosten

der Zentralen Leitstellen wird durch Rechtsverordnung geregelt.

(3) <sup>1</sup>Die Aufgaben der Zentralen Leitstellen werden den kreisfreien Städten und den Landkreisen zur Erfüllung nach Weisung übertragen. <sup>2</sup>Die Fachaufsichtsbehörden können allgemeine Weisungen erteilen. <sup>3</sup>Im Einzelfall

dürfen Weisungen nur erteilt werden, wenn das Recht verletzt wird oder allgemeine Weisungen nicht befolgt werden.

## **§ 7 HRDG – Rettungsdienstliche Versorgung bei Großschadensereignissen**

(1) <sup>1</sup>Zur Sicherstellung der rettungsdienstlichen Versorgung bei Großschadensereignissen ist für jeden Rettungsdienstbereich eine Einsatzleitung Rettungsdienst einzurichten. <sup>2</sup>Der Einsatzleitung Rettungsdienst gehören eine Leitende Notärztin oder ein Leitender Notarzt und eine Organisatorische Leiterin oder ein Organisatorischer Leiter an. <sup>3</sup>Die Einsatzleitung Rettungsdienst wird tätig, wenn die regelmäßig vorgehaltenen Rettungsmittel zur Gesamtversorgung nicht ausreichen oder eine übergeordnete medizinische und organisatorische Führung erforderlich ist.

(2) Beim Zusammenwirken des Rettungsdienstes mit Einheiten des Brandschutzes wird die Einsatzleitung Rettungsdienst nach Abs. 1 Bestandteil der technischen Einsatzleitung nach dem Vierten Abschnitt des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes.

(3) Die Einsatzleitung Rettungsdienst trägt im Einsatzfall die medizinische Gesamtverantwortung und ist gegenüber dem Personal des Rettungsdienstes weisungsberechtigt, die Leitende Notärztin oder der Leitende Notarzt fachlich auch gegenüber dem übrigen ärztlichen Personal und anderen an der medizinischen Versorgung Beteiligten.

(4) Das Nähere über die

1. Aufgaben, Tätigkeit, Bestellung und Fortbildung der für die notärztliche und organisatorische Leitung Zuständigen,
2. Einsatz- oder Sonderschutzplanung der medizinischen Gesamtversorgung bei einem Großschadensereignis einschließlich der dazu notwendigen vorbereitenden Maßnahmen,
3. Zusammenarbeit des Rettungsdienstes mit den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten sowie dem Brand- und Katastrophenschutz

wird durch Rechtsverordnung geregelt.

(5) <sup>1</sup>Die Krankenhäuser sind unabhängig von ihren übrigen Aufgaben zur Zusammenarbeit mit dem Führungsstab nach § 43 Abs. 3 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes und der Einsatzleitung Rettungsdienst verpflichtet. <sup>2</sup>Die Zentralen Leitstellen und die Einsatzleitung Rettungsdienst unterstehen dem Führungsstab und sind an seine Anweisungen gebunden; für die Leitende Notärztin oder den Leitenden Notarzt gilt dies mit Ausnahme von fachlichen Weisungen nach Abs. 3. <sup>3</sup>Abs. 2 bleibt unberührt.

(6) <sup>1</sup>Die Landkreise und kreisfreien Städte sind im Zusammenwirken mit den Krankenhäusern zur Planung von vorbereitenden Maßnahmen zur Bewältigung von Großschadensereignissen verpflichtet. <sup>2</sup>Das Nähere, insbesondere zur Erfassung, Alarmierung und zum Einsatz von zusätzlichen Kräften und Mitteln sowie der sonstigen Maßnahmen zur Erweiterung der Versorgungseinrichtungen wird durch Rechtsverordnung geregelt.

(7) Mit der Feststellung des Katastrophenfalles nach § 34 Satz 1 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes wird der bodengebundene Rettungsdienst Bestandteil des Aufgabenbereiches Sanitätswesen nach § 26 Abs. 1 Nr. 5 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes und untersteht der unteren Katastrophenschutzbehörde.

## **§ 8 HRDG – Kosten**

(1) Die Kosten für die Zentralen Leitstellen nach § 6 tragen die Träger des Rettungsdienstes.

(2) <sup>1</sup>Das Land trägt die Kosten für die Beschaffung, Wartung und Instandsetzung des landeseigenen Informationstechnik- und Funknetzes zur Wahrnehmung der Aufgaben der Zentralen Leitstellen. <sup>2</sup>Weiterhin trägt das Land die Kosten für die Beschaffung, Wartung, Instandsetzung und den Betrieb des gemeinsamen

Informationstechnik- und Funknetzes für den Brandschutz, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst. <sup>3</sup>Ausgenommen sind Fahrzeugfunkanlagen, tragbare Funkanlagen, Festfunkanlagen außerhalb der Zentralen Leitstellen, Funkmeldeempfänger und ortsfeste Sirenenempfangsfunkanlagen. <sup>4</sup>Die Beschaffung und Zuweisung erfolgt unter Berücksichtigung der fernmeldetechnischen und einsatztaktischen Erfordernisse durch das für den Brand- und Katastrophenschutz zuständige Ministerium. <sup>5</sup>Die Ausstattung bleibt Landeseigentum; sie wird im Wege einer Vereinbarung leihweise überlassen. <sup>6</sup>Veränderungen, Ergänzungen oder Erweiterungen der landeseigenen fernmeldetechnischen Einrichtungen bedürfen in jedem Einzelfall der Einwilligung des für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Ministeriums.

(3) <sup>1</sup>Das Land erstattet die Kosten der Leistungserbringer für die fachspezifische Ausbildung des in der Berg- und Wasserrettung tätigen Personals. <sup>2</sup>Das Nähere regelt das für das Rettungswesen zuständige Ministerium in einem Erlass.

(4) Die Kostenerstattung nach Abs. 3 und der nach § 6 Abs. 2 Satz 5 Nr. 6 erlassenen Rechtsverordnung obliegt dem für das Rettungswesen zuständigen Ministerium.

## **§ 9 HRDG – Benutzungsgebühren der Träger des Rettungsdienstes**

<sup>1</sup>Soweit den Trägern des Rettungsdienstes die ihnen aus der Durchführung des Gesetzes entstehenden Kosten nicht nach § 8 erstattet werden, können sie zur Finanzierung dieser Kosten Benutzungsgebühren nach § 10 des Gesetzes über kommunale Abgaben in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 2013 ( GVBl. S. 134 ), geändert durch Gesetz vom 28. Mai 2018 ( GVBl. S. 247 ), erheben. <sup>2</sup>Dabei können 20 Prozent der entstandenen Personalkosten der Zentralen Leitstellen nicht in Ansatz gebracht werden (Eigenanteil).

## **§ 10 HRDG – Benutzungsentgelte und Schiedsstelle**

(1) <sup>1</sup>Die Leistungserbringer können für die ihnen im Rahmen der bedarfsgerechten rettungsdienstlichen und notärztlichen Aufgabenerfüllung bei sparsamer Wirtschaftsführung entstehenden Kosten im eigenen Namen privatrechtliche Benutzungsentgelte erheben. <sup>2</sup>Über die Höhe der Benutzungsentgelte sollen die Leistungserbringer mit den Leistungsträgern Vereinbarungen treffen. <sup>3</sup>Die nach Satz 2 vereinbarten Benutzungsentgelte sind auch gegenüber Personen zu erheben, die nicht bei dem Träger der gesetzlichen Unfallversicherung oder einem Mitglied eines anderen Leistungsträgers versichert sind. <sup>4</sup>Eine zusätzliche Liquidation oder die Abrechnung privatärztlicher Leistungen ist unzulässig.

(2) <sup>1</sup>Die Leistungserbringer und die Leistungsträger vereinbaren für jeden Rettungsdienstbereich einheitliche Benutzungsentgelte. <sup>2</sup>Bei Kostenüber- oder -unterdeckung aufgrund von Leistungsabweichungen oder unterschiedlichen Kostenstrukturen zwischen einzelnen Leistungserbringern ist ein angemessener Ausgleich durchzuführen.

(3) Für die Berg-, Wasser- und Luftrettung sowie arztbegleitete Sekundäreinsätze und den Einsatz von Sonderrettungsmitteln können die Benutzungsentgelte auf Landesebene zwischen den Leistungsträgern mit Wirkung für ihre Mitglieder und dem jeweiligen Leistungserbringer vereinbart werden.

(4) Das Nähere zu Abs. 1 bis 3, insbesondere über das Verfahren zur Kostenermittlung, die zugrundeliegenden Buchführungspflichten und den Kostenausgleich unter den Beteiligten, wird durch Rechtsverordnung geregelt.

(5) <sup>1</sup>Kommt eine Vereinbarung über die Benutzungsentgelte nach Abs. 1 bis 4 nicht innerhalb von zwei Monaten, nachdem eine Vertragspartei schriftlich zur Verhandlungsaufnahme aufgefordert hat, zustande, entscheidet nach Anhörung der Leistungserbringer, der Leistungsträger und des Trägers des Rettungsdienstes die nach Maßgabe des Abs. 6 gebildete Schiedsstelle mit der Mehrheit ihrer Mitglieder in der Regel innerhalb von drei Monaten über die Benutzungsentgelte. <sup>2</sup>Die Entscheidung der Schiedsstelle ist für die Beteiligten verbindlich. <sup>3</sup>Gegen sie ist der Verwaltungsrechtsweg gegeben. <sup>4</sup>Ein Vorverfahren nach § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung findet nicht statt; die Klage hat keine aufschiebende Wirkung.

(6) <sup>1</sup>Die Schiedsstelle nach Abs. 5 Satz 1 setzt sich aus dem vorsitzenden Mitglied, zwei weiteren Unparteiischen sowie je sieben Mitgliedern der Landesverbände der Leistungsträger und Landesverbände der

Leistungserbringer zusammen. <sup>2</sup>Die Leistungsträger und die Leistungserbringer haben sich über die Person der Vorsitzenden oder des Vorsitzenden und die weiteren Unparteiischen zu einigen. <sup>3</sup>Über die Besetzung der den Leistungsträgern und Leistungserbringern zustehenden Sitze in der Schiedsstelle entscheiden diese selbst. <sup>4</sup>Die Kosten der Verfahren der Schiedsstelle werden von den Leistungserbringern und Leistungsträgern getragen. <sup>5</sup>Für das Schiedsverfahren sowie für die Erstattung der baren Auslagen und die Entschädigung für Zeitaufwand der Mitglieder der Schiedsstelle, die Geschäftsführung, das Verfahren, die Erhebung und die Höhe der Gebühren sowie die Verteilung der Kosten gelten die §§ 6, 9, 13, 14 und 15 der Verordnung über die Landesschiedsstelle nach § 114 und § 115 Abs. 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vom 9. September 1996 (GVBl. I S. 373) entsprechend.

(7) Bis zum Abschluss eines Schiedsstellenverfahrens und eines sich gegebenenfalls anschließenden Verwaltungsgerichtsverfahrens gelten die bisher vereinbarten Benutzungsentgelte weiter.

## **§ 11 HRDG – Beauftragung**

(1) <sup>1</sup>Wer Leistungen im Rettungsdienst erbringen will, bedarf der Beauftragung. <sup>2</sup>Die Beauftragung erfolgt durch öffentlichrechtlichen Vertrag oder Verwaltungsakt.

(2) Das Nähere zur Eignung und über die fachlichen Anforderungen an den Betrieb des Leistungserbringers, zur Vorhaltung, personellen Besetzung, Entseuchung und Entwesung der Rettungsmittel und zur fachlichen und gesundheitlichen Eignung des Fachpersonals wird durch Rechtsverordnung geregelt.

(3) <sup>1</sup>Die Eignung als Leistungserbringer sollte nach objektiven und transparenten Kriterien erfolgen. <sup>2</sup>Als wesentlicher Bestandteil der Eignung als Leistungserbringer soll die Fähigkeit zur Beteiligung am Katastrophenschutz sowie zur Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten oder Erkrankten berücksichtigt werden.

## **§ 12 HRDG – Aufsicht**

(1) Der Leistungserbringer unterliegt hinsichtlich der Erfüllung der Vorschriften dieses Gesetzes sowie der hierzu erlassenen Rechtsverordnungen der Aufsicht des jeweiligen Trägers des Rettungsdienstes.

(2) <sup>1</sup>Der jeweilige Träger des Rettungsdienstes kann verlangen, dass ein Zustand beseitigt wird, der den Vorschriften des Gesetzes oder den hierzu erlassenen Rechtsverordnungen widerspricht. <sup>2</sup>Der Träger des Rettungsdienstes kann selbst oder durch Beauftragte die erforderlichen Ermittlungen anstellen, insbesondere

1. Einsicht in die Bücher und Geschäftspapiere nehmen,
2. von dem Leistungserbringer und den im Geschäftsbetrieb tätigen Personen Auskunft über Beauftragungsvoraussetzungen betreffende Vorgänge verlangen; die zur Erteilung der Auskunft Verpflichteten können die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr aussetzen würde, wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit verfolgt zu werden.

<sup>3</sup>Im Rahmen der Aufsichtstätigkeit dürfen die dem Geschäftsbetrieb dienenden Grundstücke, Räume und Rettungsmittel innerhalb der üblichen Geschäfts- und Arbeitsstunden betreten und besichtigt werden. <sup>4</sup>Der Leistungserbringer und die im Geschäftsbetrieb tätigen Personen haben den Beauftragten des Trägers des Rettungsdienstes bei den Ermittlungen die erforderlichen Hilfsmittel zu stellen und die nötigen Hilfsdienste zu leisten.

## **§ 13 HRDG – Schutz von Bezeichnungen**

<sup>1</sup>Die Bezeichnungen "Rettungsdienst", "Notfallrettung", "Krankentransport", "Zentrale Leitstelle" oder "Rettungsleitstelle", "Rettungswache", "Krankentransportwagen", "Rettungstransportwagen", "Rettungshubschrauber", "Notarzt", "Notarztwagen" oder "Notarzteinsetzfahrzeug" dürfen nur im Zusammenhang mit den Aufgaben und der Aufgabenwahrnehmung nach diesem Gesetz benutzt werden.

<sup>2</sup>Der Träger des Rettungsdienstes kann Ausnahmen zulassen.



## **§ 14 HRDG – Betriebspflicht, Einsatzpflcht**

(1) Der Leistungserbringer ist verpflichtet, den Betrieb ordnungsgemäß einzurichten, während der Dauer der Beauftragung bedarfsgerecht aufrechtzuerhalten und die Erreichbarkeit und Einsatzbereitschaft seines Betriebes sicherzustellen.

(2) Der Leistungserbringer ist zum Einsatz der vorzuhaltenden Rettungsmittel verpflichtet, wenn der Einsatzort innerhalb des Rettungsdienstbereiches des angeforderten Rettungsmittels liegt oder wenn er im Rahmen der rettungsdienstbereichsübergreifenden Versorgung von einer Zentralen Leitstelle zum Einsatz aufgefordert wurde und der Einsatz nicht durch Umstände verhindert wird, die der Leistungserbringer nicht abwenden kann und deren Auswirkungen er nicht abzuwenden vermag.

(3) <sup>1</sup>Im Übrigen dürfen Einsätze nur durchgeführt werden, wenn der Ausgangs- oder Zielort im Rettungsdienstbereich liegt. <sup>2</sup>Der Träger des Rettungsdienstes kann hiervon Ausnahmen zulassen, insbesondere für die Durchführung von Ferntransporten. <sup>3</sup>Soweit sich die Zulassung einer Ausnahme auf benachbarte Rettungsdienstbereiche auswirken kann, ist die Entscheidung im Benehmen mit dem dort zuständigen Träger des Rettungsdienstes zu treffen. <sup>4</sup>Satz 1 gilt nicht, wenn eine Beförderung nach § 5 Abs. 3 Satz 2 und 3 erfolgt.

## **§ 15 HRDG – Rettungsdienstplan, Fachplan Luftrettung, Bereichsplan**

(1) Zur Sicherstellung einer einheitlichen Gesamtversorgung in Hessen sind insbesondere

1. der Gegenstand und die Abgrenzung der Aufgaben des Rettungsdienstes,
2. das Verfahren zur Bemessung des Bedarfs an Rettungswachen und Rettungsmitteln einschließlich der Vorhaltung für die notärztliche Versorgung,
3. die wesentlichen Anforderungen an die Organisation und Durchführung des Rettungsdienstes einschließlich der Qualifikation des Einsatzpersonals,
4. die fachlichen Anforderungen an die Rettungsmittel,
5. die Vorgaben für die bereichsübergreifende Abstimmung der Gesamtvorhaltung,
6. die Anforderungen an die Berg-, Luft- und Wasserrettung sowie für die Planung von überregionalen rettungsdienstlichen Einrichtungen, insbesondere ärztlich begleitete Sekundärtransporte, Transporte von adipösen Patienten, Traumanetzwerke,
7. die Mindestanforderungen an die Bereichspläne nach Abs. 4

durch einen Rettungsdienstplan als Rahmenplan zu regeln.

(2) <sup>1</sup>Die Aufstellung des Rettungsdienstplanes und dessen Fortschreibung im Abstand von jeweils fünf Jahren erfolgen durch das für das Rettungswesen zuständige Ministerium im Einvernehmen mit dem für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Ministerium und im Benehmen mit dem Landesbeirat für den Rettungsdienst. <sup>2</sup>Dabei ist für die Notfallrettung vorzusehen, dass ein geeignetes Rettungsmittel jeden an einer Straße gelegenen Notfallort in der Regel innerhalb von zehn Minuten (Hilfsfrist) erreichen kann; die Hilfsfrist umfasst den Zeitraum vom Eingang einer Notfallmeldung bei der zuständigen Zentralen Leitstelle bis zum Eintreffen eines geeigneten Rettungsmittels am Notfallort. <sup>3</sup>Die Gesamtvorhaltung ist durch geeignete organisatorische Maßnahmen auf die zur bedarfsgerechten Gesamtversorgung notwendige Vorhaltung zu begrenzen.

(3) <sup>1</sup>Zur Sicherstellung der Luftrettung wird ein Fachplan Luftrettung durch das für das Rettungswesen zuständige Ministerium und die für die Durchführung der Luftrettung nach § 5 Abs. 5 bestimmte Landesbehörde im Einvernehmen mit dem für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Ministerium aufgestellt. <sup>2</sup>Er ist im Abstand von jeweils fünf Jahren fortzuschreiben.

(4) <sup>1</sup>Zur Sicherstellung ihrer Aufgabenerfüllung sind die Landkreise und kreisfreien Städte verpflichtet, Bereichspläne aufzustellen und mindestens in Abständen von fünf Jahren fortzuschreiben. <sup>2</sup>In den Bereichsplänen ist der Gesamtbedarf für den Rettungsdienst und soweit erforderlich für die Berg- und

Wasserrettung entsprechend den Anforderungen des Rettungsdienstplanes festzulegen. <sup>3</sup>Die Aufstellung und Fortschreibung der Bereichspläne hat unter Beteiligung der Leistungsträger und Leistungserbringer zu erfolgen. <sup>4</sup>Ein Einvernehmen ist dabei anzustreben.

(5) Die Träger des Rettungsdienstes können für

1. Großveranstaltungen,
2. ein stark erhöhtes Einsatzaufkommen (Ausnahmезustand)

eine kurzzeitige Erhöhung der rettungsdienstlichen Vorhaltung vorsehen und die Leistungserbringer mit der Durchführung beauftragen, wenn eine rettungsdienstliche Absicherung der Bevölkerung nicht anders möglich ist.

## **§ 16 HRDG – Landesbeirat und Bereichsbeiräte**

(1) <sup>1</sup>Das für das Rettungswesen zuständige Ministerium bestellt zu seiner Beratung und Unterstützung einen Landesbeirat für den Rettungsdienst, der in grundsätzlichen Fragen des Rettungswesens zu hören ist.

<sup>2</sup>Inbesondere hat er sich mit Fragen des Qualitätsmanagements im Rettungsdienst zu befassen. <sup>3</sup>Im Landesbeirat für den Rettungsdienst sollen die kommunalen Spitzenverbände, die Landesverbände der am Rettungsdienst beteiligten Leistungserbringer, die Verbände der Krankenkassen und Ersatzkassen, die Hessische Landesärztekammer und die Hessische Krankenhausgesellschaft vertreten sein.

(2) <sup>1</sup>In jedem Rettungsdienstbereich ist zur Beratung und Unterstützung des Trägers und zur Sicherstellung der Zusammenarbeit der Beteiligten ein Bereichsbeirat zu bilden. <sup>2</sup>Dem Bereichsbeirat gehören die jeweiligen Leistungserbringer und Leistungsträger an. <sup>3</sup>Ergänzend können dem Bereichsbeirat auch Personen zur Vertretung der in die Notfallversorgung eingebundenen Krankenhäuser und bei Einbindung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes ein Vertreter dieses Dienstes mit beratender Stimme angehören. <sup>4</sup>Die Mitglieder werden von den Trägern des Rettungsdienstes berufen. <sup>5</sup>Der Bereichsbeirat hat insbesondere die Aufgabe, bei der Aufstellung und Fortschreibung des Bereichsplanes mitzuwirken.

## **§ 17 HRDG – Datenschutz, Auskunftspflicht**

(1) <sup>1</sup>Abweichend von den Vorschriften des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetzes vom 3. Mai 2018 ( GVBl. S. 82 ) dürfen die Zentralen Leitstellen zu den in § 6 Abs. 2 genannten Zwecken erhobene oder gespeicherte personenbezogene Daten grundsätzlich nur für diese Zwecke weiterverarbeiten.

<sup>2</sup>Zu anderen Zwecken dürfen die Daten nur weiterverarbeitet werden, soweit dies erforderlich ist

1. zur weiteren Versorgung der rettungsdienstlich versorgten Personen,
2. zur Unterrichtung von Angehörigen, soweit die rettungsdienstlich versorgte Person nicht ihren gegenteiligen Willen kundgetan hat oder sonstige Anhaltspunkte dafür bestehen, dass eine Übermittlung nicht angebracht ist,
3. zur Abrechnung der Leistungserbringer,
4. bei Einbeziehung des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen und des privatärztlichen Bereitschaftsdienstes,
5. zur Auswertung im Bereich der medizinischen Qualitätssicherung oder zur Prüfung im Rahmen des Beschwerdemanagements des jeweiligen Trägers des Rettungsdienstes,
6. zur Gefahrenabwehr oder zur Strafverfolgung,
7. zur Personenauskunft bei Großschadenereignissen und Katastrophen an die zuständigen Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden

oder eine Rechtsvorschrift dies vorsieht. Bei Privatpatienten, die als Notfallpatienten versorgt wurden, kann auf eine schriftliche Einwilligung zur Weitergabe personenbezogener Daten zu Abrechnungszwecken verzichtet werden.

(2) Personen oder Stellen, denen personenbezogene Daten von den Zentralen Leitstellen übermittelt worden sind, dürfen diese nur für den Zweck verwenden, zu dem sie ihnen rechtmäßig übermittelt worden sind.

(3) <sup>1</sup>Die Träger des Rettungsdienstes sind verpflichtet,

1. dem für das Rettungswesen zuständigen Ministerium die erforderlichen Auskünfte zur Erstellung und Fortschreibung des Rettungsdienstplanes und der Landesstatistik,
2. den beteiligten Leistungserbringern die erforderlichen Auskünfte zur ordnungsgemäßen Betriebsführung,
3. den Leistungsträgern die erforderlichen Auskünfte zur Beurteilung der bedarfsgerechten und wirtschaftlichen Organisation und Durchführung des Rettungsdienstes

zu erteilen.

<sup>2</sup>Die Auskünfte erfolgen in anonymisierter Form.

(4) Die Leistungserbringer sind verpflichtet,

1. dem zuständigen Träger des Rettungsdienstes die erforderlichen Auskünfte zur Erstellung und Fortschreibung des Bereichsplanes,
2. die erforderlichen Auskünfte zur Erfüllung der Aufgaben der Träger des Rettungsdienstes

zu erteilen.

(5) Die Träger des Rettungsdienstes sind verpflichtet, dem für das Rettungswesen und dem für das Krankenhauswesen zuständigen Ministerium die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Daten über das Zuweisungsverfahren von Patienten zur Verfügung zu stellen.

(6) <sup>1</sup>Die Zentralen Leitstellen sind verpflichtet, alle ein- und ausgehenden Fernmelde- und Funkgespräche auf Tonträger aufzuzeichnen. <sup>2</sup>Die Aufbewahrungsfrist beträgt mindestens drei Monate.

## **§ 18 HRDG – Regelung der Aus- und Fortbildung des Einsatzpersonals**

(1) <sup>1</sup>Die Aus- und Fortbildung von Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitätern und die Fortbildung von Rettungsassistentinnen und Rettungsassistenten sowie von Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitätern werden durch Rechtsverordnung geregelt. <sup>2</sup>Die Rechtsverordnung muss Bestimmungen über Inhalt, Dauer und Durchführung der Aus- und Fortbildung, Zugangsvoraussetzungen, die Ausstellung von Urkunden und Zeugnissen, die staatliche Anerkennung und das Prüfungsverfahren, insbesondere über die Zulassung zur Prüfung, die Zahl der Prüfungsfächer, die Bewertungsmaßstäbe für das Bestehen der Prüfung, die Folgen des Nichtbestehens, die Wiederholungsmöglichkeiten und die Zusammensetzung des Prüfungsausschusses enthalten.

(2) <sup>1</sup>Die am Rettungsdienst teilnehmenden Ärzte sind verpflichtet, sich nach Maßgabe der Berufsordnung für die Ärztinnen und Ärzte in Hessen vom 2. September 1998 (HÄBl. 10/1998, S. I - VIII), zuletzt geändert am 7. Oktober 2015 (HÄBl. 11/2015, S. 654), notfallmedizinisch ständig fortzubilden. <sup>2</sup>Dazu gehört auch die zumindest jährliche Teilnahme an einer von einer deutschen Ärztekammer zertifizierten Fortbildung mit notfallmedizinischen Inhalten, beispielsweise zu Reanimationsmaßnahmen (ACLS, Megacode oder vergleichbare).

## **§ 19 HRDG – Qualitätssicherung**

<sup>1</sup>Die Träger des Rettungsdienstes stellen sicher, dass geeignete Qualitätsmanagementstrukturen geschaffen werden. <sup>2</sup>Diese sollen unter Mitwirkung aller Beteiligten anhand einer differenzierten Datenerfassung und -auswertung eine regelmäßige Analyse der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität des Rettungsdienstes

ermöglichen, um daraus mögliche Verbesserungen zu ermitteln und deren Umsetzung zu realisieren. <sup>3</sup>Das Nähere, insbesondere zu Art und Umfang der zu erhebenden Daten und deren Nutzung zur Analyse der Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität, wird durch Rechtsverordnung geregelt.

## **§ 20 HRDG – Ärztliche Leitung des Rettungsdienstes**

(1) <sup>1</sup>Zur Sicherstellung der effizienten und effektiven Erfüllung der Aufgaben im Bereich des medizinischen Qualitätsmanagements haben die Träger des Rettungsdienstes eine Ärztliche Leiterin Rettungsdienst oder einen Ärztlichen Leiter Rettungsdienst mit mindestens einer halben Stelle pro Rettungsdienstbereich zu bestellen. <sup>2</sup>Darüber hinausgehende Regelungen können im Einvernehmen mit den Leistungsträgern getroffen werden.

(2) <sup>1</sup>Die Ärztliche Leiterin Rettungsdienst oder der Ärztliche Leiter Rettungsdienst muss die Anforderungen nach den jeweils gültigen Empfehlungen der Landesärztekammer Hessen erfüllen. <sup>2</sup>Dies ist durch eine Bescheinigung der Landesärztekammer Hessen nachzuweisen.

(3) Die Ärztliche Leiterin Rettungsdienst oder der Ärztliche Leiter Rettungsdienst soll insbesondere im Rettungsdienstbereich

1. den Träger des Rettungsdienstes bei der Aufgabenwahrnehmung fachlich beraten und unterstützen,
2. die Einhaltung der Fortbildungsverpflichtungen für das ärztliche und nicht ärztliche Personal überprüfen,
3. die Einsatzlenkung durch die Zentrale Leitstelle beobachten und Anregungen zur Optimierung der Fort- und Weiterbildung des Personals geben,
4. Empfehlungen für ärztliches Handeln und Behandlungsrichtlinien für nicht ärztliches Personal erarbeiten, umsetzen und überprüfen,
5. eine möglichst einheitliche pharmakologische und medizintechnische Ausstattung und Ausrüstung der Rettungsmittel festlegen,
6. Empfehlungen der medizinischen Fachgesellschaften sowie die aus ihrer oder seiner Tätigkeit gewonnenen Erkenntnisse gezielt in die Fort- und Weiterbildung des Rettungsdienstpersonals einbringen,
7. die Zusammenarbeit mit den Nachbarbereichen und den Krankenhäusern sowie mit ergänzenden Strukturen des Rettungsdienstes, insbesondere der Voraus-Hilfe fördern, koordinieren und überwachen.

## **§ 21 HRDG – Zuständigkeit zum Erlass der Rechtsverordnungen**

Die Rechtsverordnungen aufgrund dieses Gesetzes erlässt die für das Rettungswesen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister im Benehmen mit dem Landesbeirat für den Rettungsdienst, im Falle des § 6 Abs. 2 Satz 5 und des § 7 Abs. 4 und 6 Satz 2 auch im Einvernehmen mit der für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Ministerin oder dem hierfür zuständigen Minister.

## **§ 22 HRDG – Bußgeldvorschriften**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 4 Abs. 2 ohne Einsatzauftrag der zuständigen Zentralen Leitstelle Leistungen im Rettungsdienst erbringt,
2. entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1 ohne Beauftragung Leistungen im Rettungsdienst erbringt,
3. entgegen § 12 Abs. 2 Satz 2 dem Träger des Rettungsdienstes oder den Beauftragten der Aufsichtsbehörde in Bücher oder Geschäftspapiere Einsicht nicht gewährt oder Auskünfte nicht, unrichtig oder unvollständig erteilt,
4. Bezeichnungen entgegen § 13 verwendet,
5. seinen Pflichten nach § 14 Abs. 1 oder 2 nicht nachkommt,

6. einer Rechtsverordnung nach § 21 zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Euro geahndet werden.

(3) <sup>1</sup>Zuständige Behörde für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 ist der Träger des Rettungsdienstes. <sup>2</sup>Wenn der Träger des Rettungsdienstes auch als Leistungserbringer tätig ist, ist die zuständige Behörde für die Verfolgung und Ahndung der Ordnungswidrigkeiten nach Abs. 1 in den Landkreisen die Landrätin oder der Landrat und in den kreisfreien Städten die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister. <sup>3</sup>Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Bereich der Luftrettung ist das Regierungspräsidium Gießen zuständig.

## **§ 23 HRDG – Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

<sup>1</sup>Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2011 in Kraft. <sup>2</sup>Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2026 außer Kraft.

## **§ 24 HRDG**

(aufgehoben)

## **§ 25 HRDG**

(aufgehoben)

**Dokumenttyp:** Verordnung

**Quelle:**

HESSEN



**Fundstelle:** GVBl. I 2011, 13

**Gliederungs-Nr:** 351-85

## **Verordnung**

### **zur Durchführung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes Vom 3. Januar 2011**

*Gesamtausgabe in der Gültigkeit vom 17.12.2019 bis 31.12.2026*

**Stand:** letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Dezember 2019 (GVBl.S. 395)

## **Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis**

<b>Titel</b>	
Verordnung zur Durchführung des Hessischen Rettungsdienstgesetzes vom 3. Januar 2011	21.01.2011
Eingangsformel	21.01.2011 bis 31.12.2026
Inhaltsverzeichnis	17.12.2019 bis 31.12.2026
Erster Teil - Zentrale Leitstellen	21.01.2011 bis 31.12.2026
Erster Abschnitt - Allgemeine Vorschriften	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 1 - Allgemeine Aufgaben	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 2 - Besondere Aufgaben	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 3 - Funktionen	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 4 - Führungsstab	17.12.2019 bis 31.12.2026
Zweiter Abschnitt - Personal	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 5 - Qualifikation und Rechtsstellung des Personals	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 6 - Aus- und Fortbildung	17.12.2019

Dritter Abschnitt - Organisation und Betrieb	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 7 - Einsatzplanung	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 8 - Einsatzerfassung und -dokumentation	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 9 - Einsatzmerkmale und -bearbeitung im Rettungsdienst	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 10 - Einsatzmerkmale und -bearbeitung im Brand- und Katastrophenschutz	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 11 - Erstattung von Kosten der Zentralen Leitstellen	17.12.2019 bis 31.12.2026
Zweiter Teil - Rettungsdienstliche Versorgung bei Großschadensereignissen und vergleichbaren Gefahrenlagen	21.01.2011 bis 31.12.2026
Erster Abschnitt - Allgemeine Vorschriften	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 12 - Grundsatz	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 13 - Verantwortlichkeit, Abstimmung	17.12.2019 bis 31.12.2026
Zweiter Abschnitt - Präklinische Versorgung	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 14 - Vorbereitende Maßnahmen	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 15 - Maßnahmen bei Großschadensereignissen und vergleichbaren Gefahrenlagen	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 16 - Einsatzleitung Rettungsdienst, Technische Einsatzleitung	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 17 - Notärztliche Leitung	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 18 - Organisatorische Leitung	17.12.2019 bis 31.12.2026
Dritter Abschnitt - Mitwirkung der Krankenhäuser	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 19 - Vorbereitende Maßnahmen	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 20 - Maßnahmen bei Großschadensereignissen	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 21 - Ergänzende Maßnahmen bei Großschadensereignissen im Krankenhaus	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 22 - Selbsthilfemaßnahmen	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 23 - Krankenhaus-Einsatzplan	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 24 - Zusätzliche Maßnahmen bei einem erhöhten Anfall von Vergiftungen, Brandverletzungen und medizinisch zu versorgenden Strahlenexpositionen	17.12.2019 bis 31.12.2026
Dritter Teil - Betrieb des Rettungsdienstes	21.01.2011 bis

	31.12.2026
§ 25 - Eignung der Leistungserbringer	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 26 - Fachliche Eignung des Einsatzpersonals	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 27 - Gesundheitliche Eignung des Einsatzpersonals	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 28 - Hygiene bei der Durchführung von Einsätzen	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 29 - Desinfektion von Rettungsmitteln	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 30 - Transport von Personen mit hochkontagiösen und gefährlichen Krankheiten	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 31 - Verhalten im Einsatz	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 32 - Einsatzprotokolle	17.12.2019 bis 31.12.2026
Vierter Teil - Rechnungswesen	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 33 - Geltungsbereich	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 34 - Geschäftsjahr, Buchführung, Inventar	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 35 - Jahresabschluss	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 36 - Aufbewahrung und Vorlage von Unterlagen	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 37 - Kosten- und Leistungsrechnung	17.12.2019 bis 31.12.2026
Fünfter Teil - Benutzungsentgelte und Gesamtbudget	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 38 - Grundsätze zum Benutzungsentgelt	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 39 - Gesamtbudget	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 40 - Kosten- und Leistungsnachweise	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 41 - Vereinbarung des Gesamtbudgets und der Benutzungsentgelte	17.12.2019 bis 31.12.2026
§ 42 - Ausgleich von Kostenüber- und -unterdeckungen	21.01.2011 bis 31.12.2026
Sechster Teil - Ordnungswidrigkeiten und Schlussvorschriften	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 43 - Ordnungswidrigkeiten	21.01.2011 bis 31.12.2026
§ 44 - Aufhebung bisherigen Rechts	21.01.2011 bis 31.12.2026



§ 45 - Inkrafttreten, Außerkrafttreten	17.12.2019 bis 31.12.2026
Anlage 1 - Vorbereitende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei Großschadensereignissen mit einer erhöhten Anzahl von verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen	21.01.2011 bis 31.12.2026
Anlage 2 - Inhalt / Zeitplan Sanitätsausbildung	21.01.2011 bis 31.12.2026
Anlage 3 - Für die Hygiene im Rettungsdienst im Bundesgesundheitsblatt empfohlene Maßnahmen	21.01.2011 bis 31.12.2026
Anlage 4 - Kontenrahmen für die Buchführung (Klasse 0-8)	21.01.2011 bis 31.12.2026
Anlage 5 - Gliederung der Bilanz	21.01.2011 bis 31.12.2026
Anlage 6 - Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung	21.01.2011 bis 31.12.2026

#### Aufgrund

1. des
  - a) § 6 Abs. 2 Satz 4 und § 7 Abs. 4 und 6 Satz 2 ,
  - b) § 10 Abs. 4 und § 11 Abs. 2

jeweils in Verbindung mit § 21 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes vom 16. Dezember 2010 (GVBl. I S. 646), und
2. des § 9 Abs. 3 in Verbindung mit § 40 des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 vom 21. Dezember 2010 (GVBl. I S. 587)

wird, in den Fällen der Nr. 1 im Benehmen mit dem Landesbeirat für den Rettungsdienst und in den Fällen der Nr. 1 Buchst. a und Nr. 2 im Einvernehmen mit dem für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Minister, verordnet:

	Inhaltsübersicht
	Erster Teil
	Zentrale Leitstellen
	Erster Abschnitt:
	Allgemeine Vorschriften
§ 1	Allgemeine Aufgaben
§ 2	Besondere Aufgaben
§ 3	Funktionen
§ 4	Führungsstab
	Zweiter Abschnitt:
	Personal
§ 5	Qualifikation und Rechtsstellung des Personals

§ 6 Aus- und Fortbildung

Dritter Abschnitt:  
Organisation und Betrieb

§ 7 Einsatzplanung

§ 8 Einsatzerfassung und -dokumentation

§ 9 Einsatzmerkmale und -bearbeitung im Rettungsdienst

§ 10 Einsatzmerkmale und -bearbeitung im Brand- und Katastrophenschutz

§ 11 Erstattung von Kosten der Zentralen Leitstellen

Zweiter Teil

Rettungsdienstliche Versorgung  
bei Großschadensereignissen und  
vergleichbaren Gefahrenlagen

Erster Abschnitt:  
Allgemeine Vorschriften

§ 12 Grundsatz

§ 13 Verantwortlichkeit, Abstimmung

Zweiter Abschnitt:  
Präklinische Versorgung

§ 14 Vorbereitende Maßnahmen

§ 15 Maßnahmen bei Großschadensereignissen und vergleichbaren Gefahrenlagen

§ 16 Einsatzleitung Rettungsdienst, Technische Einsatzleitung

§ 17 Notärztliche Leitung

§ 18 Organisatorische Leitung

Dritter Abschnitt:  
Mitwirkung der Krankenhäuser

§ 19 Vorbereitende Maßnahmen

§ 20 Maßnahmen bei Großschadensereignissen

§ 21 Ergänzende Maßnahmen bei Großschadensereignissen im Krankenhaus

§ 22 Selbsthilfemaßnahmen

§ 23 Krankenhaus-Einsatzplan

§ 24 Zusätzliche Maßnahmen bei einem erhöhten Anfall von Vergiftungen, Brandverletzungen und medizinisch zu versorgenden Strahlenexpositionen

Dritter Teil  
Betrieb des Rettungsdienstes

§ 25 Eignung der Leistungserbringer

§ 26 Fachliche Eignung des Einsatzpersonals

§ 27 Gesundheitliche Eignung des Einsatzpersonals

§ 28 Hygiene bei der Durchführung von Einsätzen

§ 29 Desinfektion von Rettungsmitteln

§ 30 Transport von Personen mit hochkontagiösen und gefährlichen Krankheiten

§ 31 Verhalten im Einsatz

§ 32 Einsatzprotokolle

Vierter Teil  
Rechnungswesen

§ 33 Geltungsbereich

§ 34 Geschäftsjahr, Buchführung, Inventar

§ 35 Jahresabschluss

§ 36 Aufbewahrung und Vorlage von Unterlagen

§ 37 Kosten- und Leistungsrechnung

Fünfter Teil  
Benutzungsentgelte und Gesamtbudget

§ 38 Grundsätze zum Benutzungsentgelt

§ 39 Gesamtbudget

§ 40 Kosten- und Leistungsnachweise

§ 41 Vereinbarung des Gesamtbudgets und der Benutzungsentgelte

§ 42 Ausgleich von Kostenüber- und -unterdeckungen

Sechster Teil

## Ordnungswidrigkeiten und Schlussvorschriften

- § 43 Ordnungswidrigkeiten
- § 44 Aufhebung bisherigen Rechts
- § 45 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

### **Erster Teil Zentrale Leitstellen**

#### **Erster Abschnitt Allgemeine Vorschriften**

#### **§ 1 Allgemeine Aufgaben**

(1) Den Zentralen Leitstellen obliegt

1. die Entgegennahme und unverzügliche Bearbeitung aller Notrufe, Notfallmeldungen, sonstiger Hilfeersuchen und Informationen für den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe, den Katastrophenschutz und den Rettungsdienst und die Erteilung damit im Zusammenhang stehender Auskünfte,
2. die Alarmierung der Einsatzkräfte und -einheiten entsprechend der jeweiligen Alarm- und Ausrückeordnung (AAO), dem objekt-, lage- und ereignisbezogenen Einsatzplan oder den Sonderschutzplänen,
3. die Lenkung und Dokumentation aller Einsätze des Brandschutzes, der Allgemeinen Hilfe, des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes im Zuständigkeitsbereich, insbesondere die Entgegennahme von Status- und Lagemeldungen, die Nachforderung von Einsatzkräften und -mitteln, die Vornahme von Benachrichtigungen, das Bereitstellen von Informationen und die fernmeldemäßige Führung von Einsatzkräften und -mitteln,
4. bei Einsätzen des Brand- und Katastrophenschutzes die unterstützende Funktion für die
  - a) Leitung der Gemeindefeuerwehr nach § 12 ,
  - b) Gesamteinsatzleitung nach § 20 ,
  - c) technische Einsatzleitung nach § 43 Abs. 1 Satz 2 und
  - d) Katastrophenschutzbehörden nach § 25

des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2014 (GVBl. S. 26), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. August 2018 (GVBl. S. 374),

5. die Sicherstellung und Abstimmung der Zusammenarbeit mit benachbarten Zentralen Leitstellen, Brand- und Katastrophenschutzdienststellen, Polizei- und Forstdienststellen, Versorgungsbetrieben, Krankenhäusern, Gesundheitsämtern sowie dem ärztlichem Bereitschaftsdienst der Kassenärztlichen Vereinigung und anderen Stellen, deren Aufgabenbereich durch die Tätigkeit der Zentralen Leitstellen berührt ist,

6. das Führen eines Kapazitätsnachweises auf der Grundlage des Bettennachweises nach § 9 Abs. 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 ,
7. die Lagemeldung bei besonderen Ereignissen und Schadensfällen an das in dem für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Ministerium eingerichtete Lagezentrum der Hessischen Landesregierung sowie an das Regierungspräsidium und die Leitfunkstelle,
8. die Einrichtung und der Betrieb einer Alarmempfangsanlage für Brandmeldeanlagen nach DIN 14675 in Sonderbauten nach § 2 Abs. 9 der Hessischen Bauordnung sowie anderer automatisierter Notrufsysteme,
9. die Auslösung der Warnung der Bevölkerung im örtlichen Zuständigkeitsbereich aufgrund einer Anweisung durch die Stellen nach Nr. 4,
10. die Entgegennahme und Weiterleitung von Hochwasserwarnmeldungen an die zuständigen Stellen nach § 53 des Hessischen Wassergesetzes vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. August 2018 (GVBl. S. 366),
11. die Entgegennahme amtlicher Warnungen über Wettererscheinungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 3 des DWD-Gesetzes vom 10. September 1998 (BGBl. I S. 2871), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2642), und die Vornahme von Benachrichtigungen an die in Nr. 4 genannten Stellen,
12. die Entgegennahme von Meldungen und die Benachrichtigungen der Gefahrenabwehrbehörden nach § 85 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in dringlichen Fällen außerhalb der üblichen Dienstzeiten.

(2) Den Zentralen Leitstellen obliegt über Abs. 1 hinaus

1. die Funküberwachung im gemeinsamen Funknetz des Landes,
2. die Anordnung der Nutzung von Funkkanälen oder Gesprächsgruppen,
3. die Zuteilung der Alarmierungsgruppen oder Rufkombinationen (Funkmeldeempfänger-Rufkombinationen - FME-Rufkombinationen, Funkmeldesystem-Kennungen - FMS-Kennung, Kennung oder Zuteilung der Kennung nach der Richtlinie für die operativ-taktische Adresse im Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben - OPTA-Kennung),
4. die Veranlassung der Instandsetzung defekter Infrastruktur der Informations- und Kommunikationszentrale des Katastrophenschutzes oder Informations- und Kommunikationstechnische Infrastruktur (IuK-Infrastruktur),
5. der Betrieb des Servicepoints Digitalfunk mit mindestens einer Vollzeitstelle,

wenn dies aus taktischen, betrieblichen oder technischen Gründen notwendig ist.

(3) Landkreise können mit kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern vereinbaren, dass diese die Zentrale Leitstelle einrichten und deren Aufgaben für den Landkreis durchführen. Die Landkreise können Weisungen erteilen. Die Weisungen sollen sich auf allgemeine Anordnungen beschränken.

(4) Den Zentralen Leitstellen der kreisfreien Städte und der Landkreise Fulda und Gießen (Leitfunkstellen) obliegen zusätzlich folgende überörtliche Aufgaben:

1. die Unterstützung nachgeordneter Betriebsleitungen in allen Fragen der Einsatzabwicklung und deren Ausfallsicherung (Reservebetrieb),
2. das Sammeln von Lagemeldungen über besondere Vorkommnisse und Schadensfälle von nachgeordneten Betriebsleitungen, die Aufbereitung und Weitermeldung an das in dem für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Ministerium eingerichtete Lagezentrum der Hessischen Landesregierung,
3. die überregionale Alarmierung auf Anforderung einer nachgeordneten Betriebsleitung,
4. die überregionale Warnung der Bevölkerung über das modulare Warnsystem MoWaS auf Anforderung einer nachgeordneten Betriebsleitung,
5. die Entgegennahme von Materialanforderungen und Vornahme von Benachrichtigungen an das Hessische Katastrophenschutz-Zentrallager.

Das für den Brand- und Katastrophenschutz zuständige Ministerium bestimmt, für welche Leitstellenbereiche als nachgeordnete Betriebsleitungen diese Aufgaben jeweils wahrgenommen werden.

## **§ 2 Besondere Aufgaben**

Die Steuerung des Einsatzes von Rettungshubschraubern und Zivilschutz-Hubschraubern erfolgt jeweils durch die Zentrale Leitstelle, in deren Zuständigkeitsbereich ein Rettungshubschrauber oder Zivilschutz-Hubschrauber stationiert ist. Das Nähere zur Steuerung des Einsatzes der für Sekundärtransporte verfügbaren Hubschrauber und der entsprechenden bodengebundenen Rettungsmittel regelt das für das Rettungswesen zuständige Ministerium. Die Festlegungen des Rettungsdienstplanes nach § 15 Abs. 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes bleiben unberührt.

## **§ 3 Funktionen**

(1) Die Zentralen Leitstellen lenken alle rettungsdienstlichen Einsatzmaßnahmen und stimmen sie bei Großschadensereignissen nach § 3 Abs. 6 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes mit dem Führungsstab nach § 4 und bis zu dessen Tätigwerden mit der Einsatzleitung Rettungsdienst nach § 7 Abs. 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes ab.

(2) Bei Einsätzen des Brand- und Katastrophenschutzes hat die Zentrale Leitstelle die in § 1 Abs. 1 Nr. 4 genannten Stellen zu unterstützen und ist hierbei an deren Entscheidungen gebunden.

## **§ 4 Führungsstab**

(1) Dem Führungsstab nach § 6 Abs. 2 Satz 3 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes gehören Fachkräfte der für die Gefahrenabwehr zuständigen Dienststellen, Organisationen und sonstigen Einrichtungen an.

(2) Der Führungsstab hat tätig zu werden, wenn Entscheidungen zur Alarmierung, Lenkung und Zusammenarbeit der Einsatzkräfte und -einheiten zu treffen sind, die über die jeweiligen Alarm- und Ausrückeordnungen sowie Einsatzpläne hinausgehen.

(3) Der Führungsstab ist befugt, dem Personal der Zentralen Leitstelle Weisungen zu erteilen.

## **Zweiter Abschnitt Personal**

### **§ 5 Qualifikation und Rechtsstellung des Personals**

(1) Die in Zentralen Leitstellen beschäftigten Personen müssen

1.
  - a) mindestens die Befähigung für die Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienst und eine dem F III Lehrgang vergleichbare Zusatzausbildung haben oder
  - b) zur Führung einer Gruppe der Freiwilligen Feuerwehr (FIII Lehrgang) befähigt sein,
2.
  - a) über eine Erlaubnis nach § 1 des Notfallsanitätergesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1348), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. August 2019 (BGBl. I S. 1307), oder nach § 1 Abs. 1 des Rettungsassistentengesetzes vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1384), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1348), in der bis zum 31. Dezember 2014 geltenden Fassung verfügen oder
  - b) erfolgreich eine Ausbildung als Rettungssanitäterin oder Rettungssanitäter abgeschlossen haben und über mindestens einjährige Berufserfahrung in Vollzeit oder entsprechend länger in Teilzeit in der Notfallversorgung verfügen,
3. eine Ausbildung als Einsatzbearbeiterin oder Einsatzbearbeiter in den Zentralen Leitstellen nach § 6 Abs. 1 haben,
4. den Einführungslehrgang in die Tätigkeit im Katastrophenschutzstab absolviert haben,
5. die Sprechfunkberechtigung der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Sprechfunkberechtigung) besitzen und

6. Kenntnisse über die Organisationsstruktur der Gefahrenabwehr im jeweiligen Zuständigkeitsbereich haben.

(2) Eine Ausbildung nach Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 oder der Erwerb der Berufserfahrung nach Abs. 1 Nr. 2 kann auch während der einjährigen Ausbildungsphase zum Einsatzsachbearbeiter nach Abs. 1 Nr. 3 erfolgen.

(3) Abweichend von Abs. 1 kann in Zentralen Leitstellen, die gleichzeitig mit zwei oder mehr Personen ständig besetzt sind, eine Person bis zu drei Jahre beschäftigt werden, wenn

1. sie mindestens eine der in Abs. 1 Nr. 1 oder Nr. 2 genannten Qualifikationen besitzt und
2. zu erwarten ist, dass sie spätestens drei Jahre nach Anstellung, bei Zeitverträgen ab erstmaliger Anstellung, die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt.

Eine Person, welche die Anforderungen nach Abs. 1 nach Ablauf des in Satz 1 Nr. 2 genannten Zeitraums aufgrund eines persönlichen Härtefalls nicht erfüllt, kann höchstens ein Jahr in der Zentralen Leitstelle weiterbeschäftigt werden, wenn zu erwarten ist, dass sie nach Ablauf eines Jahres die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllen wird.

(4) Im Aufgabenbereich der Informations- und Kommunikationszentrale tätige Personen müssen eine Ausbildung nach Maßgabe des Katastrophenschutz-Konzeptes des für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Ministeriums an der Hessischen Landesfeuerwehrschule absolviert haben.

(5) Die Zentralen Leitstellen nehmen öffentliche Aufgaben der Gefahrenabwehr wahr. Die Einsatzsachbearbeiterinnen und Einsatzsachbearbeiter in den Zentralen Leitstellen sind Tarifbeschäftigte des Trägers des Rettungsdienstes oder stehen in einem Beamtenverhältnis zu diesem.

(6) Für jeden Bediensteten in den Zentralen Leitstellen muss ein Führungszeugnis nach § 30 Abs. 1 Satz 1 des Bundeszentralregistergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2714), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juni 2019 (BGBl. I S. 846), vorliegen, aus dem sich keine belastenden, einer möglichen Aufgabenübertragung entgegenstehenden Sachverhalte ergeben dürfen.

(7) Die eingesetzten Bediensteten sind gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 3 des Hessischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes vom 19. Dezember 2014 (GVBl. S. 364) im Rahmen des personellen Sabotageschutzes zu überprüfen. Aus der Überprüfung dürfen sich keine belastenden Sachverhalte ergeben. § 14 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Hessischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes gilt entsprechend.

(8) Alle tarifbeschäftigten Bediensteten sind gemäß den Regelungen des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942), und des Durchführungserlasses vom 21. Mai 2015 (StAnz. S. 631) zu verpflichten.

## **§ 6 Aus- und Fortbildung**

(1) Die Ausbildung zur Einsatzbearbeiterin oder zum Einsatzbearbeiter in Zentralen Leitstellen soll insbesondere Kenntnisse über Abfragetechniken, Einsatztaktik und -strategie sowie den Fernmeldebetrieb vermitteln. Sie erfolgt an der Hessischen Landesfeuerwehrschule oder einer anderen von dem für den Brand- und Katastrophenschutz zuständigen Ministerium anerkannten Ausbildungsstätte.

(2) Die Fortbildung des Personals der Zentralen Leitstellen umfasst jährlich mindestens 120 Stunden, die sich aus theoretischen und praktischen Bestandteilen zusammensetzt. Gegenstand der Fortbildungen sollen insbesondere sein:

1. aktuelle Themen des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes,
2. Schulungen zu Einsatzkonzepten und
3. leitstellenspezifische Themen.

Als praktische Tätigkeiten sind vorzusehen:

1. Einsatztätigkeiten im Bereich von hochfrequenten Systemen des Rettungsdienstes und des Brandschutzes oder
2. Praktika in Notaufnahmen von Kliniken oder in anderen Leitstellen.

Die Schwerpunkte der Fortbildungen legt der Träger der zentralen Leitstelle unter Berücksichtigung einer gleichmäßigen Verteilung fest. Die Fortbildungen nach Satz 2 können intern durch die Träger der jeweiligen Zentralen Leitstellen oder an der Hessischen Landesfeuerwehrschule, insbesondere durch die Teilnahme an Fortbildungsseminaren für Einsatzbearbeiterinnen und Einsatzbearbeiter, erfolgen.

## **Dritter Abschnitt Organisation und Betrieb**

### **§ 7 Einsatzplanung**

Für die Einsatzplanung im Rettungsdienst haben die Träger des Rettungsdienstes nach § 5 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes Alarm- und Ausrückeordnungen sowie Einsatzpläne für den Einsatz der Rettungsmittel aufzustellen und fortzuschreiben.



## **§ 8** **Einsatzfassung und -dokumentation**

(1) Die Einsatzgrunddaten, die bei einem Notruf für die Einsatzentscheidung von der Zentralen Leitstelle zu erheben sind (Notrufabfrage), sowie die Einsatzabläufe sind inhaltlich, zeitlich und räumlich zu erfassen und zu dokumentieren. Der Nachweis des Einsatzablaufes muss alle wesentlichen Angaben vom Beginn der Alarmierung der Einsatzmittel bis zum Ende des Einsatzes enthalten.

(2) Die Daten der Notrufabfrage und des Einsatzablaufes sind für Zwecke der rechnerunterstützten Auswertung so zusammenzuführen, dass eine kontinuierliche Wirksamkeits- und Erfolgskontrolle des über die Zentrale Leitstelle abgewickelten Einsatzgeschehens gewährleistet ist.

(3) Die Nachweise nach Abs. 1 sind zehn Jahre aufzubewahren.

(4) Zusätzlich sind zu Zwecken der Qualitätssicherung Daten erheben, erforderlichenfalls unter Beteiligung der Leistungserbringer nach § 3 Abs. 10 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes. Art und Umfang werden durch das für das Rettungswesen zuständige Ministerium festgelegt. Soweit zur Ermittlung der Wirksamkeit rettungsdienstlicher Maßnahmen die Datenerhebung bei Krankenhäusern erforderlich ist, ist der Träger des Rettungsdienstes zur Erhebung dieser Daten nach Maßgabe des § 12 Abs. 2 Nr. 8 des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 berechtigt.

(5) Zur Erfüllung der den Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden nach § 1 Abs. 1 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung übertragenen Aufgaben der Gefahrenabwehr übermittelt die Zentrale Leitstelle bei Großschadensereignissen und Katastrophen die auf der „Suchdienstkarte für Verletzte/Kranke“ erhobenen Daten von Personen, die rettungs-, sanitäts- oder betreuungsdienstlich versorgt wurden, zur Weiterverarbeitung an die zuständigen Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden

## **§ 9** **Einsatzmerkmale und -bearbeitung im Rettungsdienst**

(1) Bei der Einsatzsteuerung im Rettungsdienst haben Notfalleinsätze gegenüber anderen Rettungsdiensteinsätzen Vorrang.

(2) Die Zentralen Leitstellen haben unverzüglich die Maßnahmen und Benachrichtigungen nach den Alarm- und Ausrückeordnungen sowie Einsatzplänen nach § 7 durchzuführen.

(3) Es ist das geeignete Rettungsmittel einzusetzen, das den Notfallort am schnellsten erreichen kann. Dabei sind die Kapazitäten der Luftrettung ergänzend zu berücksichtigen. Kann ein anderes Rettungsmittel den Notfallort schneller erreichen als das Rettungsmittel nach Satz 1, ist das andere Rettungsmittel zusätzlich einzusetzen, namentlich ein Krankentransportwagen zusätzlich zu einem Rettungswagen. Zur Verkürzung des therapiefreien Intervalls können ergänzende Systeme, die nicht Bestandteil des Rettungsdienstes nach § 3 Abs. 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes sind, entsprechend berücksichtigt werden.

(4) Die Entscheidung über den Einsatz einer Notärztin oder eines Notarztes richtet sich nach den im Rettungsdienstplan ( § 15 Abs. 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes ) festgelegten Kriterien.

(5) Die bei der Gefahrenabwehr mitwirkenden Dienststellen und Organisationen sind grundsätzlich nach Maßgabe der Alarm- und Ausrückeordnungen sowie der Einsatzpläne nach § 7 oder eines von der zuständigen Gefahrenabwehrbehörde zu erstellenden Maßnahmenkatalogs zu benachrichtigen oder zu alarmieren.

(6) Bei Krankentransporten kann aus einsatztaktischen, organisatorischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten von Abs. 3 Satz 1 abgewichen werden. Darüber hinaus sollen zur Verbesserung der Organisation der Krankentransporte Einteilungsverfahren angewendet werden, die auf der Voranmeldung von Transportaufträgen beruhen und zu einer möglichst wirtschaftlichen Durchführung der Krankentransporte führen.

(7) Die Regelungen des Rettungsdienstplanes nach § 15 Abs. 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes und die Festlegungen in den Bereichsplänen nach § 15 Abs. 4 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes bleiben unberührt.

## **§ 10**

### **Einsatzmerkmale und -bearbeitung im Brand- und Katastrophenschutz**

(1) Notrufe über die Notrufnummer 112 und Meldungen, die über Brandmeldeanlagen zur Feuerwehralarmierung oder andere automatisierte Verfahren bei der Zentralen Leitstelle eingehen, haben Vorrang. Zur Erhöhung der Notrufabfragekapazitäten bei Großschadensereignissen sind die Informations- und Kommunikationszentrale und deren Funktionsausstattung einzubeziehen.

(2) Die Zentralen Leitstellen haben unverzüglich die Einheiten und Einrichtungen des Brand- und Katastrophenschutzes entsprechend der Alarm- und Ausrückeordnungen sowie der Einsatzpläne zu alarmieren.

(3) Bei Großschadensereignissen, die eine Vielzahl von Einzeleinsätzen erforderlich machen, können die Aufgabenträger nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes festlegen, dass die Einheiten und Einrichtungen mit der selbständigen Bewältigung bestimmter Einsätze beauftragt werden. Die für den jeweiligen Einsatzabschnitt eingegangenen Hilfersuchen sind dann von der Zentralen Leitstelle an die räumlich zuständige Einsatzleitung oder Abschnittsleitung weiterzuleiten.

## **§ 11**

### **Erstattung von Kosten der Zentralen Leitstellen**

Das Land erstattet den Trägern des Rettungsdienstes jährlich die Kosten für die Zentralen Leitstellen in Höhe von

1. 0,20 Euro pro Einwohner für das Jahr 2020 und
2. 0,35 Euro pro Einwohner ab dem Jahr 2021.

Die Berechnung der Erstattung erfolgt jeweils auf Grundlage der zum Erstattungszeitpunkt aktuellen Einwohnerstatistik des Hessischen Statistischen Landesamtes.

## **Zweiter Teil**

### **Rettungsdienstliche Versorgung bei Großschadensereignissen und vergleichbaren Gefahrenlagen**

#### **Erster Abschnitt**

#### **Allgemeine Vorschriften**

#### **§ 12**

#### **Grundsatz**

(1) Die rettungsdienstliche Versorgung bei Großschadensereignissen und vergleichbaren Gefahrenlagen umfasst alle Maßnahmen, die über die regelmäßige Vorhaltung des Rettungsdienstes hinausgehen und die von der notfallmedizinischen Erstversorgung von verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen bis zu deren anschließender Versorgung in geeigneten Behandlungseinrichtungen ergänzende Planungen und Vorbereitungen erfordern. Hierzu gehört insbesondere der Sonderschutzplan „Massenanfall von Verletzten“ nach § 14 Abs. 3 Satz 1 . § 19 Abs. 1 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes bleibt unberührt.

(2) Bei Feststellung des Katastrophenfalles nach § 34 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes sind die zuständigen Katastrophenschutzbehörden auch für die Maßnahmen nach Abs. 1 zuständig.

#### **§ 13**

#### **Verantwortlichkeit, Abstimmung**

(1) Die rettungsdienstliche Versorgung im Sinne von § 12 Abs. 1 obliegt vorrangig den Einrichtungen des Rettungsdienstes, den Einheiten und Einrichtungen der Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und Krankenhäusern.

(2) Zuständigkeiten des Zivil- und Katastrophenschutzes aufgrund eigener gesetzlicher Regelungen bleiben davon unberührt.

## **Zweiter Abschnitt Präklinische Versorgung**

### **§ 14 Vorbereitende Maßnahmen**

(1) Die Planungen der Landkreise und kreisfreien Städte des zusätzlichen Bedarfs bei Großschadensereignissen und vergleichbaren Gefahrenlagen müssen mindestens die in der Anlage 1 genannten vorbereitenden Maßnahmen berücksichtigen.

(2) Die Planung nach Abs. 1 ist so vorzunehmen, dass die regelmäßig verfügbaren Versorgungskapazitäten des Rettungsdienstes in der Regel innerhalb von 30 Minuten angemessen verstärkt werden können. Erforderlichenfalls sollen hierzu Vereinbarungen mit benachbarten Landkreisen oder kreisfreien Städten getroffen oder gemeinsame vorbereitende Maßnahmen geplant werden.

(3) Auf der Grundlage der geplanten vorbereitenden Maßnahmen ist ein besonderer Schutzplan (MANV-Konzept Hessen) zu erstellen oder die allgemeine Alarm- und Ausrückeordnung sowie der Einsatzplan nach § 7 Abs. 1 entsprechend zu ergänzen. Das Nähere dazu regelt das für den Rettungsdienst zuständige Ministerium.

### **§ 15 Maßnahmen bei Großschadensereignissen und vergleichbaren Gefahrenlagen**

(1) Bei Großschadensereignissen und vergleichbaren Gefahrenlagen sind die verfügbaren Einsatz- und Behandlungskapazitäten unter Einschränkung der Regelversorgung einzusetzen und im Falle einer größeren Zahl von Verletzten und Erkrankten nach Maßgabe der Planungen nach § 14 zu verstärken. Die Entscheidung über Art und Umfang der im Einzelfall zu treffenden Maßnahmen obliegt dem Führungstab nach § 4 und bis zu dessen Tätigwerden der Zentralen Leitstelle.

(2) Sobald von der Zentralen Leitstelle Maßnahmen nach Abs. 1 durchzuführen sind, ist deren personelle Besetzung entsprechend anzupassen, insbesondere soll das dienstfreie Personal herangezogen werden.

### **§ 16 Einsatzleitung Rettungsdienst, Technische Einsatzleitung**

(1) Die Einsatzleitung Rettungsdienst nach § 7 Abs. 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes führt am Gefahren- oder Schadensort alle rettungsdienstlichen Einsatzkräfte und -mittel. Sie wird durch den Träger des Rettungsdienstes bestellt und ist entsprechend der Schadenslage personell und technisch angemessen auszustatten.

(2) Zur fachlichen Beratung kann die Einsatzleitung Rettungsdienst weitere Fachkräfte der für die

Gefahrenabwehr zuständigen Dienststellen, Organisationen und Einrichtungen hinzuziehen.

(3) Soweit nicht die Voraussetzungen des § 7 Abs. 2 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes gegeben sind, obliegt die Einsatzleitung nach dem Eintreffen am Schadensort der notärztlichen und organisatorischen Leitung gemeinsam.

(4) Die Bestimmungen des Vierten Abschnitts des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes und der Feuerwehrdienstvorschrift 100 bleiben unberührt.

(5) Die Kosten für die personelle, technische und sachliche Ausstattung der Einsatzleitung Rettungsdienst sowie für deren Aus- und Fortbildung tragen die Träger des Rettungsdienstes.

## **§ 17 Notärztliche Leitung**

(1) Die Leitende Notärztin oder der Leitende Notarzt nach § 7 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes hat im Rahmen der notfallmedizinischen Gefahrenbewältigung insbesondere

1. Art und Anzahl der verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen, Schwere und Ausmaß der gesundheitlichen Schädigung und zusätzliche Gefährdungen festzustellen,
2. Behandlungsschwerpunkte, Behandlungs- und Transportprioritäten und Versorgungserfordernisse festzulegen und
3. Anweisungen zur Durchführung der medizinischen Maßnahmen zu erteilen und Festlegungen zum Zielkrankenhaus zu treffen.

(2) Zur Leitenden Notärztin oder zum Leitenden Notarzt kann nur bestellt werden, wer

1. die Voraussetzung nach § 26 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 erfüllt und
2. eine besondere Qualifikation durch
  - a) Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung der Landesärztekammer Hessen und
  - b) Kenntnisse der Maßnahmen und Versorgungsstrukturen des Rettungsdienstbereichs

nachweist.

Leitende Notärztinnen oder Leitende Notärzte müssen sich regelmäßig fortbilden und dies durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen nachweisen. § 26 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 bleibt unberührt.

(3) Der Träger des Rettungsdienstes hat jederzeit den Einsatz einer Leitenden Notärztin oder eines Leitenden Notarztes zu gewährleisten. Hierzu können auch rettungsdienstbereichsübergreifende Regelungen getroffen werden.

## **§ 18 Organisatorische Leitung**

(1) Die Organisatorische Leiterin oder der Organisatorische Leiter nach § 7 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes hat am Schadensort insbesondere

1. die Kapazitäten der zugewiesenen Kräfte, des Materials, der Transporträume und der Einsatzmittel sowie der Versorgungskapazitäten festzustellen,
2. die Führung der zugewiesenen Kräfte unter Berücksichtigung der jeweils gebotenen Sicherheitsmaßnahmen zu gewährleisten,
3. die Bereiche für die notfallmedizinische Versorgung (Patientenablagen) und die für die weitere Versorgung notwendigen Rettungsmittel festzulegen sowie die Einweisung der Rettungsmittel sicher zu stellen,
4. die Kommunikation mit den Beteiligten sicher zu stellen und
5. die Erfassung und Versorgung sowie den Transport der betroffenen Personen zu organisieren.

(2) Zur Organisatorischen Leiterin oder zum Organisatorischen Leiter kann nur bestellt werden, wer ihre oder seine Qualifikation durch

1. Erfüllung der von dem für das Rettungswesen zuständigen Ministerium einheitlich bestimmten Anforderungen und
2. Kenntnisse der Maßnahmen und Versorgungsstrukturen des Rettungsdienstbereichs

nachweist.

Die im Rettungsdienstbereich beauftragten Leistungserbringer können eine Person für die Bestellung zur Organisatorischen Leiterin oder zum Organisatorischen Leiter vorschlagen. § 17 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 gilt entsprechend.

## **Dritter Abschnitt Mitwirkung der Krankenhäuser**

## **§ 19**

### **Vorbereitende Maßnahmen**

(1) Zur Sicherstellung der stationären Aufnahme der bei Großschadensereignissen notfallmedizinisch erstversorgten Personen haben die Landkreise und kreisfreien Städte im Zusammenwirken mit den Krankenhäusern mindestens

1. die zusätzlich für die Notfallbehandlung nutzbaren Räume festzustellen und deren Ausstattung und personelle Besetzung festzulegen,
2. die zusätzlich nutzbaren Bettenkapazitäten zu ermitteln und deren pflegerische Versorgung zu bestimmen,
3. die Möglichkeiten zur Erhöhung der sonstigen Versorgungskapazitäten (Labor, Apotheke, Küche) zu ermitteln und die maximale Aufnahmekapazität fachbezogen festzulegen,
4. Regelungen zur Erfassung und Weiterleitung von notfallmedizinisch erstversorgten Personen und zur Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie zur Betreuung von Angehörigen zu treffen und
5. die Ausweich- und Verstärkungskapazitäten, insbesondere niedergelassene Ärztinnen und Ärzte und Hilfsdienste, zu erfassen.

(2) In die Planungen haben die Landkreise und kreisfreien Städte sonstige Ärztinnen und Ärzte, insbesondere niedergelassene oder Betriebsärztinnen und -ärzte, aufzunehmen, die sich für den Bedarfsfall zur Mitarbeit in der stationären Versorgung bereit erklärt haben.

## **§ 20**

### **Maßnahmen bei Großschadensereignissen**

(1) Die Landkreise und kreisfreien Städte haben im Zusammenwirken mit den Krankenhäusern dafür Sorge zu tragen, dass nach Feststellung eines Großschadensereignisses

1. in den geeigneten Krankenhäusern die stationäre Regelversorgung soweit wie möglich eingeschränkt wird,
2. die Ambulanzen soweit wie möglich geräumt und alle Arbeitsbereiche schnellstmöglich einsatzbereit gemacht werden,
3. der Besucherbetrieb auf das unbedingt notwendige Maß begrenzt wird,
4. die Entlassung von Personen, deren Behandlung anderweitig möglich ist oder zurückgestellt werden kann, sofort veranlasst wird und
5. bei Bedarf eine Verlegung in andere geeignete Krankenhäuser vorgenommen werden kann.

(2) Für die Aufnahme von zugewiesenen notfallmedizinisch erstversorgten Personen ist ein geeigneter Raum in der Nähe der Notfallaufnahme und -ambulanz oder der Liegend-Krankenzufahrt vorzusehen. Für leicht verletzte Personen sind vorhandene Aufenthaltsräume als Warteräume vorzusehen.

## **§ 21**

### **Ergänzende Maßnahmen bei Großschadensereignissen im Krankenhaus**

(1) Um die Folgen von Großschadensereignissen in Krankenhäusern auf das unabwendbare Maß zu begrenzen, sind von den Krankenhäusern ergänzende Hilfs- und Abwehrmaßnahmen zu planen. Die Planung muss insbesondere Maßnahmen

1. für eine schnelle Evakuierung des Krankenhauses,
2. zum notwendigen Selbstschutz und
3. zur Verhinderung oder Begrenzung der Ausbreitung von Gefahrenlagen

vorsehen.

(2) Zur Vorbereitung von Evakuierungsmaßnahmen sind insbesondere geeignete Ausweichobjekte zu bestimmen und notwendige Verlegungsmaßnahmen festzulegen. Soweit sich in der Umgebung von Krankenhäusern besondere Gefahrenpunkte befinden, sind ergänzende Maßnahmen zur Bewältigung möglicher Gefahrenlagen zu treffen.

## **§ 22**

### **Selbsthilfemaßnahmen**

Die Landkreise und kreisfreien Städte haben darauf hinzuwirken, dass die Krankenhäuser im Rahmen ihrer Möglichkeiten Selbsthilfemaßnahmen vorsehen, die bei Großschadensereignissen in den Krankenhäusern schnell und wirkungsvoll ergriffen werden können, bis Hilfe durch Dritte erfolgt. Dazu gehören neben Maßnahmen zur Schadensbekämpfung mit den vorhandenen Mitteln auch das Freihalten der Anfahrtswege für die Feuerwehr und Hilfsdienste, die Verkehrslenkung innerhalb des Krankenhausbereichs und die Aufrechterhaltung der Wasser- und Energieversorgung. Die entsprechenden Festlegungen sind in den Krankenhaus-Einsatzplan nach § 23 Abs. 1 aufzunehmen.

## **§ 23**

### **Krankenhaus-Einsatzplan**

(1) Die Krankenhäuser haben in einem Krankenhaus-Einsatzplan festzulegen, welche zusätzlichen



Maßnahmen für die Aufnahme einer erhöhten Zahl von notfallmedizinisch erstversorgten Personen und zur Bewältigung interner Gefahrenlagen erforderlich sind. Der Krankenhaus-Einsatzplan muss unter Berücksichtigung jeweiliger Besonderheiten mindestens die Maßnahmen nach den §§ 19 bis 22 bestimmen und ist mit den Planungen der für den Rettungsdienst, der Gemeindefeuerwehr sowie der für den Brandschutz und den Katastrophenschutz zuständigen Dienststellen abzustimmen.

(2) Der Krankenhaus-Einsatzplan ist regelmäßig fortzuschreiben.

(3) Der Krankenhaus-Einsatzplan ist vollständig oder in Teilen dem von den Festlegungen jeweils betroffenen Personal zur Kenntnis zu geben.

(4) Der Krankenhaus-Einsatzplan ist in den Katastrophenschutzplan nach § 31 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes aufzunehmen.

## **§ 24**

### **Zusätzliche Maßnahmen bei einem erhöhten Anfall von Vergiftungen, Brandverletzungen und medizinisch zu versorgenden Strahlenexpositionen**

(1) Im Fall einer größeren Anzahl von Vergiftungen hat die Einsatzleitung Rettungsdienst oder das betroffene Krankenhaus sofort Ermittlungen über die Art des Giftstoffes zu veranlassen und unter Beteiligung der zuständigen Vergiftungszentrale eine Antidot-Behandlung einzuleiten. Bei einem Schadensereignis mit Kontaktgiften sind durch die Einsatzleitung Rettungsdienst oder das betroffene Krankenhaus geeignete Einrichtungen mit Wasch- oder Duschvorrichtungen für die Dekontamination zu bestimmen. Das beauftragte Personal hat im Einsatzfall Schutzanzüge anzulegen, die sowohl für den Rettungsdienst als auch in den dafür vorgesehenen Krankenhäusern vorzuhalten sind.

(2) Bei einem Strahlenunfall hat die Einsatzleitung Rettungsdienst zur medizinischen Versorgung im Strahlenschutz erfahrene Fachkräfte zuzuziehen. Vor der stationären Aufnahme von strahlenexponierten Personen sind diese in besonderen Einrichtungen zu dekontaminieren und die Strahlenexposition zu ermitteln. Soweit der Strahlenunfall zur Feststellung des Katastrophenfalles nach § 34 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes führt, sind die Rahmenempfehlungen für den Katastrophenschutz in der Umgebung kerntechnischer Anlagen, Anhang Notfallstationen, vom 13. Januar 1989 (GMBI. Nr. 5 S. 71) sowie die Rahmenempfehlungen zum Aufbau und Betrieb von Notfallstationen in Hessen zu beachten. Die Ermittlung der Strahlenexposition in den besonderen Einrichtungen erfolgt durch geeignetes Personal, das sich gegenüber dem jeweiligen Landkreis oder der kreisfreien Stadt zur Übernahme dieser Aufgabe verpflichtet hat. Die Erreichbarkeit ist in die Krankenhaus-Einsatzpläne aufzunehmen und der jeweils zuständigen Zentralen Leitstelle bekanntzugeben. Für die Erstversorgung sind abgeschlossene Untersuchungs-, Behandlungs- und Sammelstellen zu bestimmen. Kleidungsstücke und Gegenstände der strahlenexponierten Personen sind gesondert aufzubewahren, bis geklärt ist, ob Kontaminationsgefahr besteht.

(3) Zur Vermittlung von Behandlungsmöglichkeiten für Personen mit Vergiftungen, Verbrennungen oder Strahlenexpositionen haben die Zentralen Leitstellen besondere Nachweise über die in Frage kommenden Behandlungseinrichtungen zu führen.

## **Dritter Teil**

## **Betrieb des Rettungsdienstes**

### **§ 25**

#### **Eignung der Leistungserbringer**

(1) Der Betrieb des Leistungserbringers muss von einer Person geführt werden, die über

1.
  - a) den erfolgreichen Abschluss
    - aa) einer kaufmännischen Ausbildung oder
    - bb) eines Studiums mit wirtschaftlichem Schwerpunkt und
  - b) eine fachliche Eignung auf dem Gebiet des Rettungsdienstes, nachgewiesen durch
    - aa) das Ablegen einer Prüfung in einem rettungsfachlichen Ausbildungs- oder Studiengang, mindestens jedoch nach dem Rettungsassistentengesetz oder
    - bb) eine vorausgegangene leitende Tätigkeit in einem Unternehmen, das rettungsdienstliche Leistungen erbringt,verfügt oder
2. bei Inkrafttreten dieser Verordnung bereits einen Betrieb eines Leistungserbringers führt.

Die fachliche Eignung nach Satz 1 Nr. 1 Buchst. b ist nachgewiesen, wenn eine andere Person in leitender Position des Betriebes die Anforderungen nach Satz 1 Nr. 1 Buchst. b Doppelbuchst. aa oder bb erfüllt. Wird ein Betrieb von mehreren Personen geführt, sind die Anforderungen nach Satz 1 auch erfüllt, wenn

1. in den Fällen der Nr. 1 die Voraussetzungen von verschiedenen Personen erfüllt werden,
2. die Voraussetzung nach Nr. 2 nur von einer Person erfüllt wird.

(2) Abs. 1 gilt nicht bei einer ausschließlichen Leistungserbringung im Bereich der notärztlichen Versorgung und der Berg- und Wasserrettung.

### **§ 26**

#### **Fachliche Eignung des Einsatzpersonals**

(1) Auf Fahrzeugen ausschließlich für den Krankentransport darf der Leistungserbringer nur Personen einsetzen, die

1. mindestens
  - a) als Fahrzeugführerin oder Fahrzeugführer eine Sanitätsausbildung nach Maßgabe der Anlage 2 bei einer anerkannten Hilfsorganisation oder anderen anerkannten Stelle oder
  - b) als Beifahrerin oder Beifahrer eine Ausbildung nach der Hessischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitäter vom 5. Mai 2011 (GVBl. I S. 233), zuletzt geändert durch Verordnung vom 11. Dezember 2012 (GVBl. S. 681),  
  
erfolgreich abgeschlossen haben,
2. jährlich zu den Themenbereichen des Krankentransports fortgebildet werden und
3. über Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift entsprechend Sprachlevel 2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen verfügen.

Die Fortbildung nach Satz 1 Nr. 2 muss mindestens 38 Stunden betragen, von denen zwei Stunden auf die Hygiene entfallen sollen.

(2) Auf Fahrzeugen für die Notfallversorgung darf der Leistungserbringer nur Personen einsetzen, die

1. mindestens
  - a) als Fahrzeugführerin oder Fahrzeugführer eine Ausbildung nach der Hessischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Rettungssanitäterinnen und Rettungssanitätern erfolgreich abgeschlossen haben oder
  - b) als Beifahrerin oder Beifahrer eine Erlaubnis nach § 1 des Notfallsanitätergesetzes besitzen,
2. jährlich zu den Themenbereichen der Notfallversorgung fortgebildet werden und
3. über Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift entsprechend Sprachlevel 2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen verfügen.

Abweichend von Satz 1 Nr. 1 Buchst. b können bis zum Ablauf des 31. Dezember 2024 als Beifahrerin oder Beifahrer auch Personen eingesetzt werden, die eine Erlaubnis nach § 1 Abs. 1 des Rettungsassistentengesetzes besitzen sowie im Rahmen der jährlichen Fortbildung gezeigt haben, dass sie in der Lage sind, eigenständig erweiterte Versorgungsmaßnahmen nach Weisung der Ärztlichen Leitung Rettungsdienst durchzuführen. Die Fortbildung nach Satz 1 Nr. 2 muss mindestens 38 Stunden betragen, von denen 32 Stunden auf notfallmedizinische Themen einschließlich der erweiterten Versorgungsmaßnahmen und deren Zertifizierung, zwei Stunden auf den Bereich der Hygiene und vier Stunden auf die betrieblichen Belange der jeweiligen Leistungserbringer entfallen sollen.

(3) Bei nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter vom 16. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4280), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. August 2019 (BGBl. I S. 1307), genehmigten Lehrrettungswachen können abweichend von Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Personen eingesetzt werden, die sich dort zur praktischen Ausbildung

1. im zweiten Ausbildungsjahr zur Notfallsanitäterin oder zum Notfallsanitäter befinden, als Fahrzeugführerin oder Fahrzeugführer,

2. im dritten Ausbildungsjahr zur Notfallsanitäterin oder zum Notfallsanitäter befinden, als Beifahrerin oder Beifahrer,

sofern das Fahrzeug mit einer Notfallsanitäterin oder einem Notfallsanitäter besetzt ist.

(4) Auf Notarzteinsatzfahrzeugen darf der Leistungserbringer grundsätzlich nur Personen einsetzen, die über

1. eine Erlaubnis nach
  - a) § 1 des Notfallsanitätergesetzes oder
  - b) § 1 Satz 1 des Rettungsassistentengesetzes und
2. Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift entsprechend dem Sprachlevel 2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen

verfügen. Abweichend von Satz 1 Nr. 1 können auf Notarzteinsatzfahrzeugen auch Personen eingesetzt werden, die mindestens

1. eine Ausbildung nach der Hessischen Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Rettungssanitäter erfolgreich abgeschlossen haben,
2. zwei Jahre Berufserfahrung in Vollzeit in der Notfallversorgung nachweisen können und
3. von den zuständigen Trägern des Rettungsdienstes anerkannt sind.

Bei Personalengpässen ist die Besetzung von Rettungswagen oder Mehrzweckfahrzeugen mit Notfallsanitäterinnen oder Notfallsanitätern gegenüber einer Besetzung eines Notarzteinsatzfahrzeuges vorrangig. Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 3 gilt entsprechend.

(5) Als Notärztin oder Notarzt darf der Leistungserbringer nur Personen einsetzen, die

1. mindestens über die Zusatzbezeichnung „Notfallmedizin“ oder eine vergleichbare, von der Landesärztekammer Hessen anerkannte Qualifikation verfügen und
2. jährlich zu den Themenbereichen der Notfallversorgung einschließlich Reanimationsmaßnahmen und -algorithmen fortgebildet werden.

Die Fortbildung nach Satz 1 Nr. 2 muss von einer deutschen Ärztekammer zertifiziert sein und mindestens 16 Stunden betragen.

(6) Die fachlichen Anforderungen des Einsatzpersonals in der Luftrettung sind im Fachplan Luftrettung nach

§ 15 Abs. 3 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes zu regeln.

(7) Im Rettungsdienstplan nach § 15 Abs. 1 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes können Ausnahmen von den Anforderungen nach Abs. 1 bis 5 vorgesehen werden.

## **§ 27**

### **Gesundheitliche Eignung des Einsatzpersonals**

(1) Auf Rettungsmitteln darf der Leistungserbringer nur Personen einsetzen, die vor Aufnahme der Tätigkeit, danach jeweils vor Ablauf von drei Jahren,

1. ihre körperliche, geistige und gesundheitliche Eignung, bei Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern auch die Eignung zum Führen eines Rettungsmittels, durch Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung des Gesundheitsamtes, einer Fachärztin oder eines Facharztes für Arbeitsmedizin oder einer Ärztin oder eines Arztes mit der Zusatzbezeichnung Betriebsmedizin nachweisen und
2. durch Vorlage einer Bescheinigung des Gesundheitsamtes nachweisen, dass von ihnen nicht die Gefahr der Übertragung einer Infektionskrankheit im Sinne des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. August 2019 (BGBl. I S. 1202), in der jeweils geltenden Fassung ausgeht; der Leistungserbringer hat insoweit Auflagen des Gesundheitsamtes zu beachten.

(2) Die Nachweise nach Abs. 1 hat der Leistungserbringer dem zuständigen Träger des Rettungsdienstes vorzulegen.

## **§ 28**

### **Hygiene bei der Durchführung von Einsätzen**

(1) Die in der Anlage 3 genannten Empfehlungen für die Hygiene im Rettungsdienst sind zu beachten.

(2) Das Einsatzpersonal ist verpflichtet, im Einsatz Schutzkleidung und bei entsprechender Gefährdung Schutzhandschuhe und Schutzmasken zu tragen.

(3) Das Einsatzpersonal hat, auch für unerwartete Zwischenfälle, Vorsorge gegen Infektionsgefahren während des Einsatzes zu treffen.

(4) Das Einsatzpersonal soll vor einem Transport bekannte oder vermutete Infektionsgefahren erfragen.

(5) Der Leistungserbringer hat einen Hygieneplan aufzustellen, in dem Einzelheiten der allgemeinen und

besonderen Hygienemaßnahmen festzulegen sind. Verhaltensregeln zum Schutz des Personals vor Infektionen sowie zum Wechsel der Schutzkleidung sind im Hygieneplan gesondert aufzuführen.

## **§ 29** **Desinfektion von Rettungsmitteln**

(1) Der Leistungserbringer ist dafür verantwortlich, dass

1. in den Funktionsbereichen der eingesetzten Rettungsmittel alle Flächen, die durch Körperflüssigkeiten oder Ausscheidungen verunreinigt sind, einer Wisch- oder Scheuerdesinfektion unterzogen werden und alle im Einsatz benutzten Instrumente und Gegenstände desinfiziert und gereinigt oder sachgerecht entsorgt werden,
2. die im Hygieneplan vorgesehenen Routinedesinfektionsmaßnahmen durchgeführt werden und
3. jedes Rettungsmittel sowie die Schutzkleidung der eingesetzten Personen und alle sonst benutzten Gegenstände nach dem Transport einer Person mit einer Infektionskrankheit den Desinfektionsmaßnahmen nach den Empfehlungen der Anlage 3 unterzogen werden.

(2) Für die Desinfektion sind geprüfte Desinfektionsmittel zu verwenden.

(3) Werden in einem Rettungsmittel tierische Schädlinge festgestellt, die Krankheiten übertragen können, ist das Rettungsmittel unverzüglich durch eine staatlich anerkannte Schädlingsbekämpferin oder einen staatlich anerkannten Schädlingsbekämpfer dahingehend zu begutachten, ob eine Entwesung und gegebenenfalls eine Entseuchung erforderlich ist. Maßnahmen zur Entwesung und Entseuchung dürfen nur von Personen vorgenommen werden, die dafür ausgebildet sind.

(4) Die bei der Beförderung von Personen entstandenen Abfälle sind in verschließbaren, geruchsdichten, feuchtigkeitsbeständigen und transportsicheren Einwegbehältnissen zu sammeln und bis zum Abtransport so zu lagern, dass eine Beeinträchtigung umliegender Bereiche ausgeschlossen ist.

(5) Jede vorgenommene Desinfektion ist mit Angaben zu Datum und Uhrzeit, zum Anlass und zur Art der Maßnahmen, zu eingesetzten Mitteln und den Personen, die die Maßnahmen durchgeführt haben, zu dokumentieren.

## **§ 30** **Transport von Personen mit hochkontagösen und gefährlichen Krankheiten**

Der Transport einer Person mit einer Erkrankung oder einem Verdacht auf eine Erkrankung an

1. übertragbarem virusbedingtem hämorrhagischen Fieber,

2. Lungenmilzbrand,
3. Pest

oder auf Anordnung des Gesundheitsamtes bei einer unbekannten gefährlichen und übertragbaren Infektion hat unter Spezialbedingungen zu erfolgen.

### **§ 31 Verhalten im Einsatz**

Dem Einsatzpersonal ist es untersagt,

1. vor und während des Dienstes oder der Dienstbereitschaft Mittel zu sich zu nehmen, die die dienstliche Tätigkeit beeinträchtigen, oder einen Einsatz durchzuführen, obwohl die Wirkung solcher Mittel besteht und
2. im Rettungsmittel zu rauchen oder Speisen zu sich zu nehmen.

### **§ 32 Einsatzprotokolle**

(1) Von den Leistungserbringern sind Einsatzprotokolle nach einheitlichen Vorgaben des für das Rettungswesen zuständigen Ministeriums zu erstellen und zehn Jahre aufzubewahren. Nach der endgültigen Beendigung einer Beauftragung sind die Einsatzprotokolle, bei denen die Frist nach Satz 1 noch nicht abgelaufen ist, dem Träger des Rettungsdienstes zur weiteren Aufbewahrung zu übergeben.

(2) Durchschriften der Einsatzprotokolle sind den Trägern des Rettungsdienstes vorzulegen und von diesen auszuwerten. Die Auswertungen sind dem Bereichsbeirat nach § 16 Abs. 2 Hessisches Rettungsdienstgesetz und dem für den Rettungsdienst zuständigen Ministerium auf Verlangen vorzulegen.

## **Vierter Teil Rechnungswesen**

### **§ 33 Geltungsbereich**

Wer Leistungen im Rettungsdienst erbringt, hat die Buchführung und Rechnungslegung für diesen Bereich unabhängig von der Rechtsform seines Betriebes und dessen handelsrechtlicher Stellung nach den §§ 34 bis

37 durchzuführen.

### **§ 34 Geschäftsjahr, Buchführung, Inventar**

(1) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

(2) Die Leistungserbringer haben ihre Bücher nach den Regeln der kaufmännischen doppelten Buchführung einschließlich der nach Größe und Struktur erforderlichen Nebensbuchhaltungen entsprechend den §§ 238 und 239 des Handelsgesetzbuches zu führen.

(3) Die Konten sind nach dem Kontenrahmen entsprechend der Anlage 4 einzurichten, soweit nicht bei Nutzung eines von diesem Kontenrahmen abweichenden Kontenplanes durch ein ordnungsgemäßes Überleitungsverfahren die Umschlüsselung auf den Kontenrahmen gewährleistet werden kann.

(4) Für die Aufstellung des Inventars gelten die §§ 240 und 241 des Handelsgesetzbuches .

### **§ 35 Jahresabschluss**

(1) Die Leistungserbringer haben für ihr Unternehmen einen Jahresabschluss zu erstellen. Für die Aufstellung und den Inhalt gelten die §§ 242 bis 256 , § 264 Abs. 2 , § 265 Abs. 2, 5 und 8 , § 268 Abs. 1 und 3 , § 270 Abs. 2 , § 275 Abs. 4 , § 277 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 Satz 1 und § 284 Abs. 2 Nr. 1 und 3 des Handelsgesetzbuches . Der Jahresabschluss soll innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres aufgestellt werden.

(2) Für den Betriebszweig Rettungsdienst ist eine eigenständige Rechnung zu legen. Die Bilanz ist in Form einer Gesamtbilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung zusätzlich in Form einer Teilgewinn- und -verlustrechnung für den Betriebszweig Rettungsdienst zu erstellen. Die Bilanz ist nach Maßgabe der Anlage 5 und die Gewinn- und Verlustrechnung nach Maßgabe der Anlage 6 zu gliedern.

(3) Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, anzusetzen. Beiträge Dritter zur Anschaffung dieser Gegenstände sind als Sonderposten auf der Passivseite der Bilanz auszuweisen und über die Nutzungsdauer hinweg aufzulösen.

(4) Kann ein Leistungserbringer, der erstmals nach den Grundsätzen des Handelsgesetzbuches eine Bewertung des Anlagevermögens vornimmt, zum Stichtag der Eröffnungsbilanz die tatsächlichen Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht ohne unvertretbaren Aufwand ermitteln, so sind den Preisverhältnissen des vermutlichen Anschaffungs- oder Herstellungszeitpunkts entsprechende Erfahrungswerte als Anschaffungs- oder Herstellungskosten anzusetzen.



(5) Bei Leistungserbringern ohne eigene Rechtspersönlichkeit oder in einer anderen Rechtsform als der Kapitalgesellschaft sind unter dem Eigenkapital als „festgesetztes Kapital“ die Beträge auszuweisen, die dem Betriebszweig Rettungsdienst vom Rechtsträger auf Dauer zur Verfügung gestellt werden. Als Rücklagen sind aus dem Jahresabschluss oder dem Gewinnvortrag zweckgebunden gebildete Posten auszuweisen. In die Rücklagen sind auch sonstige Einlagen des Rechtsträgers einzustellen, die dem Betriebszweig Rettungsdienst nicht auf Dauer zur Verfügung stehen.

## **§ 36 Aufbewahrung und Vorlage von Unterlagen**

Für die Aufbewahrung von Rechnungs- und Buchführungsunterlagen, die Aufbewahrungsfristen und die Vorlage dieser Unterlagen gelten die §§ 257 und 261 des Handelsgesetzbuches .

## **§ 37 Kosten- und Leistungsrechnung**

(1) Die Leistungserbringer haben eine Kosten- und Leistungsrechnung zu führen, die

1. eine betriebsinterne Steuerung,
2. eine Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit,
3. eine Abgrenzung der Kosten des Betriebszweiges Rettungsdienst,
4. die Ermittlung der Kosten dieses Betriebszweiges und
5. die Erstellung des Kosten- und Leistungsnachweises nach § 40

ermöglicht. Hierbei haben die Leistungserbringer

1. die aufgrund ihrer Aufgaben und Strukturen erforderlichen Kostenstellen zu bilden,
2. die Kosten aus der Buchführung nachprüfbar herzuleiten; kalkulatorische Kosten sind in der Kosten- und Leistungsrechnung zu erfassen und von den gegenüberstehenden Aufwendungen der Buchführung abzugrenzen,
3. die Kosten und Leistungen verursachungsgerecht nach Kostenstellen zu erfassen; sie sind darüber hinaus den anfordernden Kostenstellen zuzuordnen, soweit dies für die in Satz 1 genannten Zwecke erforderlich ist,
4. bei betriebszweigübergreifender Betätigung eine verursachungsgerechte Abgrenzung der Kosten und Erträge und anteilige Zuordnung vorzunehmen; ist eine eindeutige Abgrenzung nicht möglich, kann die Zuordnung auf der Grundlage von vorsichtigen Schätzungen erfolgen.

(2) Kosten sind alle Aufwendungen der Leistungserbringer, die durch die Erbringung der Leistungen nach Abs. 3 entstehen. Dazu gehören auch

1. die notwendigen Zinsen für Betriebsmittelkredite und die Finanzierung von Wirtschaftsgütern,
2. die Kosten für die Versicherung von Unwägbarkeiten, die mit der Leistungserbringung verbunden sind,
3. die Kosten für die über den normalen Geschäftsbetrieb hinausgehenden Wirtschaftlichkeitsberatungen und -prüfungen, soweit diese vorher mit den Leistungsträgern abgestimmt wurden,
4. die Kosten der Instandhaltung der Wirtschaftsgüter,
5. die Abschreibung der uneinbringlichen Forderungen,
6. die nicht anderweitig zu deckenden Kosten der Ausbildung des im Betriebszweig Rettungsdienst eingesetzten Personals,
7. eine kalkulatorische Verzinsung des nachweislich eingebrachten Eigenkapitals mit einem Zinssatz, der einen Prozentpunkt über dem Zinssatz für Sparguthaben mit gesetzlicher Kündigungsfrist liegt,
8. ein angemessenes kalkulatorisches Entgelt für den Wert der ehrenamtlichen Arbeit,
9. eine angemessene kalkulatorische Miete für anteilig durch den Betriebszweig Rettungsdienst genutzte Gebäude, wenn die tatsächlichen Kostenanteile nicht mit vertretbarem Aufwand ermittelt werden können,
10. die Abschreibung der Wirtschaftsgüter,
11. die Kosten für geleaste Wirtschaftsgüter, wenn der Nachweis der Wirtschaftlichkeit dieser Finanzierungsart geführt werden kann,
12. die Kosten für Leistungen der Dachverbände der Leistungserbringer und
13. die Kosten für Fehleinsätze.

(3) Leistungen sind

1. die von einer Zentralen Leitstelle veranlassten Einsätze von Rettungsmitteln zu einem Einsatzort,
2. alle Maßnahmen zur medizinischen Notfallversorgung am Notfallort einschließlich aller notärztlichen Leistungen,
3. die medizinisch-fachlich betreute Beförderung von Notfallpatientinnen und Notfallpatienten in einem dafür geeigneten Rettungsmittel,
4. in dringenden Fällen der Transport von lebenswichtigen Medikamenten und Blutkonserven, von Organen für Transplantationen und die zur Notfallversorgung notwendigen Suchflüge,
5. die medizinisch-fachlich betreute Beförderung im Krankentransport, soweit die Aufgaben der Notfallversorgung und des Krankentransports in organisatorischer Einheit durchgeführt werden und

6. die Einsätze von Rettungsmitteln zur Beförderung von Personen im Rahmen einer stationären Behandlung und die Einsätze zur Verlegung von Patientinnen oder Patienten von einer Behandlungseinrichtung in eine für die Weiterbehandlung geeignete Behandlungseinrichtung.

Nicht zu den Leistungen nach Abs. 3 gehören Einsätze von Rettungsmitteln zur ärztlichen Versorgung von bereits in Behandlungseinrichtungen befindlichen Notfallpatientinnen und Notfallpatienten.

## **Fünfter Teil Benutzungsentgelte und Gesamtbudget**

### **§ 38 Grundsätze zum Benutzungsentgelt**

(1) Die Benutzungsentgelte nach § 10 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes müssen so bemessen sein, dass die Leistungserbringer den übernommenen Versorgungsauftrag im medizinisch-fachlich notwendigen und zweckmäßigen Umfang erfüllen können.

(2) Mit den Benutzungsentgelten werden alle Kosten nach § 36 Abs. 2 abgegolten, die den Leistungserbringern bei medizinisch notwendiger, bedarfsgerechter, leistungsfähiger und wirtschaftlicher Erbringung der Leistungen nach § 36 Abs. 3 entstehen. Eine wirtschaftliche Leistungserbringung setzt insbesondere voraus, dass die Leistungserbringer im Rahmen der rechtlichen, tariflichen und vergleichbaren Vorgaben die Möglichkeit zur Reduzierung der Kosten nutzen.

(3) Die nach § 10 Abs. 1 Satz 2 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes zu treffende Vereinbarung der Benutzungsentgelte zwischen den Leistungserbringern und den Leistungsträgern nach § 3 Abs. 11 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes erfolgt nach Maßgabe des § 41 auf der Grundlage eines Gesamtbudgets nach § 39 .

(4) Die Benutzungsentgelte gelten einheitlich gegenüber den Leistungsträgern sowie allen Personen und Einrichtungen, die die Leistungen in Anspruch nehmen.

(5) In den Fällen des § 10 Abs. 3 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes können Leistungsentgelte vereinbart werden, für die die §§ 39 , 40 Abs. 1 Satz 2 und § 42 nicht gelten.

### **§ 39 Gesamtbudget**

(1) Auf der Grundlage der anhand der Kosten- und Leistungsnachweise nach 40 vor auszuberechnenden Kosten und zu schätzenden Leistungen verhandeln die einzelnen Leistungserbringer mit den Leistungsträgern Einzelbudgets. Auf Basis der vereinbarten Einzelbudgets wird von den an der Vereinbarung mit den

Leistungsträgern beteiligten Leistungserbringern ein Gesamtbudget für den jeweiligen Rettungsdienstbereich erstellt.

(2) Es ist eine verursachungsgerechte Gliederung mindestens nach den Leistungsbereichen Notfallversorgung und Krankentransport vorzusehen; weitergehende Gliederungen innerhalb der einzelnen Leistungsbereiche sind zulässig.

#### **§ 40 Kosten- und Leistungsnachweise**

(1) Jeder an der Vereinbarung mit den Leistungsträgern beteiligte Leistungserbringer hat jährlich einen Kosten- und Leistungsnachweis zu erstellen. Die einzelnen Kosten- und Leistungsnachweise sind zu einem Kosten- und Leistungsnachweis für den gesamten Rettungsdienstbereich zusammenzufassen. Die Einzelnachweise und der Gesamtnachweis sind den Leistungsträgern und den Trägern des Rettungsdienstes vorzulegen.

(2) Auf Verlangen der Leistungsträger haben die Leistungserbringer zusätzliche, erläuternde Unterlagen zu erstellen, wenn dies im Einzelfall zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit erforderlich ist.

#### **§ 41 Vereinbarung des Gesamtbudgets und der Benutzungsentgelte**

(1) Die Einzelbudgets und das daraus erstellte Gesamtbudget nach § 39 sowie die Art und Höhe der Benutzungsentgelte haben die Leistungserbringer eines Rettungsdienstbereiches mit den jeweiligen Leistungsträgern für mindestens ein Kalenderjahr im Voraus durch schriftliche Vereinbarung zu regeln. Die Vereinbarung muss auch Angaben zu den zugrundeliegenden Berechnungsgrundlagen sowie Festlegungen zum Ausgleich nach § 42 Abs. 3 über die zeitnahe Zahlung der Benutzungsentgelte und das Verfahren bei Budgetabweichungen enthalten.

(2) Aus dem vereinbarten Gesamtbudget werden für den Rettungsdienstbereich einheitliche, auf Planeinsätze bezogene Benutzungsentgelte ermittelt.

(3) Die Vertragsparteien nehmen die Verhandlungen unverzüglich auf, nachdem eine Vertragspartei dazu schriftlich aufgefordert hat. Die Verhandlungen sollen so rechtzeitig abgeschlossen werden, dass die neuen Benutzungsentgelte jeweils mit Ablauf eines laufenden Budgetierungszeitraumes wirksam werden können. Können wesentliche Fragen nicht rechtzeitig geklärt werden, sollen das Gesamtbudget und die Benutzungsentgelte auf der Grundlage der Kosten- und Leistungsnachweise nach § 40 sowie weiterer verfügbarer Unterlagen vereinbart werden. Soweit erforderlich, kann eine Prüfung offener Fragen vereinbart und deren Ergebnis in der nächsten Vereinbarung mit Wirkung nur für die Zukunft berücksichtigt werden.

(4) Bei wesentlichen Änderungen der Annahmen, die der Berechnung eines Gesamtbudgets zugrunde gelegt wurden, sind das Gesamtbudget und die Benutzungsentgelte auf Verlangen einer Vertragspartei auch während eines Kalenderjahres neu zu vereinbaren.

(5) Die Vertragsparteien nach Abs. 1 können Rahmenvereinbarungen abschließen, die insbesondere ihre Rechte und Pflichten sowie die Vorbereitung, den Beginn und das Verfahren zur Vereinbarung des Gesamtbudgets und der Benutzungsentgelte näher bestimmen.

(6) Die Regelungen über die Erhebung der vereinbarten Benutzungsentgelte durch die Leistungserbringer und über das Verfahren vor der Schiedsstelle bei Nichtzustandekommen einer Vereinbarung über die Benutzungsentgelte nach § 10 Abs. 1 Satz 1 und 3 und Abs. 5 bis 7 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes bleiben unberührt.

## **§ 42**

### **Ausgleich von Kostenüber- und -unterdeckungen**

(1) Weichen die gesamten tatsächlichen Leistungen innerhalb eines Rettungsdienstbereiches von den vorausgerechneten ab, sind die dadurch entstehenden Kostenüber- oder -unterdeckungen bei den nachfolgenden Vereinbarungen entsprechend zu berücksichtigen. Kostenüber- oder -unterdeckungen, die einzelnen Leistungserbringern im Rahmen der laufenden Wirtschaftsführung entstehen, werden nicht ausgeglichen mit Ausnahme solcher, die während eines Vereinbarungszeitraumes aufgrund von Rechtsvorschriften, Tarifverträgen oder entsprechenden allgemeinen Vergütungsregelungen entstehen.

(2) Kostenüber- oder -unterdeckungen, die einzelnen Leistungserbringern dadurch entstehen, dass die tatsächlich erbrachten Leistungen wesentlich von den geschätzten abweichen, sind von diesen unverzüglich untereinander auszugleichen.

(3) Die Kostenüber- oder -unterdeckungen nach Abs. 1 sind auf Verlangen der Leistungsträger oder Leistungserbringer zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens nach drei Jahren, in der dann zu treffenden Vereinbarung im Rahmen des dortigen Gesamtbudgets auszugleichen. Hierbei sind die Benutzungsentgelte entsprechend anzupassen.

(4) Ein Ausgleich nach Abs. 3 ist in den Fällen des Abs. 1 Satz 2 ausgeschlossen, wenn die Vertragsparteien stattdessen für die dort genannten Unwägbarkeiten im Voraus einen angemessenen Wagniszuschlag vereinbaren.

## **Sechster Teil**

### **Ordnungswidrigkeiten und Schlussvorschriften**

## **§ 43**

### **Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne des § 22 Abs. 1 Nr. 6 des Hessischen Rettungsdienstgesetzes handelt, wer

1. entgegen den §§ 25 und 26 Personen auf Rettungsmitteln einsetzt, die nicht die dort genannten Voraussetzungen erfüllen,
2. den Vorschriften des § 28 zuwiderhandelt,
3. den Verboten des § 30 zuwiderhandelt oder
4. entgegen § 31 Abs. 1 Einsatzprotokolle nicht oder nicht ordnungsgemäß erstellt oder aufbewahrt.

#### **§ 44** **Aufhebung bisherigen Rechts**

Es werden aufgehoben:

1. die Verordnung zur Ausführung der §§ 5 und 6 des Gesetzes zur Neuordnung des Rettungsdienstes in Hessen vom 31. Mai 1999 (GVBl. I S. 366) 1) und
2. die Rettungsdienst-Rechnungswesenverordnung vom 13. Dezember 1999 (GVBl. I S. 487) 2) .

Fußnoten

1)

Hebt auf GVBl. II 351-55

2)

Hebt auf GVBl. II 351-56

#### **§ 45** **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Sie tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2026 außer Kraft.

Wiesbaden, den 3. Januar 2011

Der Hessische Sozialminister  
Grüttner

## Anlage 1

(zu § 13 Abs. 1 )

### **Vorbereitende Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bei Großschadensereignissen mit einer erhöhten Anzahl von verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen**

1. Erfassung von Personal und Einrichtungen des Rettungsdienstes im eigenen Rettungsdienstbereich
  - a) Zahl und Qualifikation der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
  - b) Zahl, Art und Ausstattung der Rettungsmittel
  - c) Art, Menge und Lagerort der Sanitätsvorräte, insbesondere Arzneimittel
  - d) Verfügbarkeit des Personals und der Rettungsmittel
  - e) Zahl und Qualifikation der Notärztinnen und Notärzte
  - f) Verfügbarkeit der Notärztinnen und Notärzte.
2. Erfassung der Einheiten und Einrichtungen der psychosozialen Unterstützung wie Notfallseelsorge (PSNV).
3. Verstärkung des Rettungsdienstes

Der örtliche Rettungsdienst ist je nach Schadenslage und verfügbarer eigener Kraft entsprechend § 13 Abs. 2 der Verordnung zu verstärken. Dazu sind folgende Möglichkeiten zu berücksichtigen:

  - a) Einsatz des dienstfreien Rettungspersonals und anderer Einrichtungen
  - b) Vereinbarung der Art und des Umfangs nachbarlicher Hilfeleistung mit benachbarten Rettungsdienstbereichen und Erstellen entsprechender Alarm- und Einsatzpläne
  - c) Gemeinsame Wahrnehmung der Aufgaben der Gefahrenabwehr (Rettung und Versorgung von Notfallpatienten) entsprechend diesen Grundsätzen
  - d) Einsatz von Katastrophenschutz-Einheiten im Wege der Amtshilfe
  - e) Besetzung der Funktion der Leitenden Notärztin oder des Leitenden Notarztes durch die zuständige Behörde
  - f) Besetzung der Funktion der Organisatorischen Leiterin oder des Organisatorischen Leiters durch die zuständige Behörde
  - g) Erfassung überörtlicher schnell verfügbarer Hilfskräfte und Einrichtungen
    - Rettungs- und Transporthubschrauber der Bundespolizei, der Bundeswehr und anderer Streitkräfte sowie weiterer geeigneter Institutionen
    - Sanitätsdienste und notärztliches Personal im Umkreis von ca. 50 km
    - Einheiten des Technischen Hilfswerkes

- Bergwacht und Wasserrettung, insbesondere Tauchergruppen
  - Rettungshundestaffeln
4. Erfassung geeigneter Behandlungseinrichtungen
- a) Krankenhäuser (Krankenhauskataster)
- Es sind alle für die Aufnahme von verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen geeignete Krankenhäuser im Umkreis von ca. 50 km sowie Spezialkliniken und -einrichtungen mindestens wie folgt zu erfassen:
- Verzeichnis der Krankenhäuser mit ihren Fachabteilungen einschließlich Spezialgebieten
  - Operations- und Behandlungskapazitäten der einzelnen Fachabteilungen
  - Bettenkapazitäten einschließlich Intensivbetten und Reanimationseinheiten
  - Möglichkeiten der Kapazitätserweiterungen
  - Spezialkliniken, z. B. regionale Strahlenschutzzentren, zur radioaktiven Dekontaminierung und zur Versorgung von Schwerstbrandverletzten
  - Informationszentren, z. B. Zentrale Vermittlungsstelle für Brandverletzte und Vergiftungszentralen
- b) Arztpraxen
- In Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen sind geeignete Arztpraxen unter Berücksichtigung einer umfassenden Erstversorgung von leichter verletzten, erkrankten oder sonst gesundheitlich geschädigten Personen zu erfassen. Bei der Auswahl der Praxen ist auch die räumliche Nähe zu möglichen Notunterkünften (Schulen, Turnhallen, Vereinsheimen usw.) einzubeziehen.
- Praxen von Durchgangsärztinnen oder -ärzten (von den Berufsgenossenschaften besonders bestellte Ärzte für die Behandlung von Arbeitsunfällen mit spezieller Praxisausstattung)
  - Praxen von anderen Ärztinnen und Ärzten, die an der Heilbehandlung von Arbeitsunfällen beteiligt sind (mit spezieller Praxisausstattung)
5. Erfassung von Sanitätsmaterial
- a) Apotheken und pharmazeutische Großhandlungen
- b) Verbandsstoff-Firmen und deren Auslieferungslager
- c) Sanitätslager der Bundeswehr.
6. Sonderschutzplan Massenanfall von Verletzten und Erkrankten (MANV-Konzept Hessen)
- a) MANV-Stichworte
- b) Alarmierungskonzept
- c) Einheiten
- d) Bereitstellungsräume
7. Führungsstrukturen im Rettungsdienstbereich und Führungsstab



8. Sonstiges
- a) Druckkammern
  - b) Behandlungseinrichtungen für hochkontagiöse Erkrankungen
  - c) Behandlungseinrichtungen für Strahlenunfälle
  - d) Erfassung von anderen Behörden und Dienststellen wie z. B.: Brandschutzdienststellen, KatS-Behörden, Land, Regierungspräsidien, Polizei, Notfallmanagement der Bahn AG,
  - e) Blutbanken, Blutspendedienste
  - f) Dekontamination Verletzter.

## Anlage 2

(zu § 25 Abs. 1 Satz 1 )

### Inhalt / Zeitplan Sanitätsausbildung

- |      |   |          |
|------|---|----------|
| 1.   | Einführung  | 0,25 Std |
| 1.1. | Organisatorischer Rahmen des Lehrgangs                          |          |
| 1.2. | Inhalt und Ablauf der Ausbildung                                |          |
| 2.   | Grundsätze  | 4,00 Std |
| 2.1  | Grundsätze des Sanitätsdienstes                                 |          |
| 2.2  | Persönliche-Schutz-Ausrüstung und Hygiene                       |          |
|      | - PSA incl. Warnweste   |          |
|      | - Persönliche Hygiene   |          |
|      | - Reinlichkeit der Einsatzbekleidung                            |          |
| 2.3  | Material für den Sanitätsdienst                                 |          |
|      | - Vorstellung des SAN Koffers nach DIN 13 155 und dessen Inhalt |          |

- Unterschiedliche Behältnisse (Koffer, Rucksack, Tasche)
- Dokumentation

#### 2.4 Gesetzliche Grundlagen für die Gerätenutzung im Sanitätsdienst

- MPG zusammen mit MPBetreibV
- Zwischenfälle mit Medizinprodukten

#### 2.5 Was ist vor einem Einsatz zu tun?

- Vorbereitung der Ausstattung
- Material- und Medikamenten-Check
- Geräte-Check

#### 2.6 Ablauf eines Einsatzes

- Entgegennahme eines Einsatzauftrages
- Eintreffen an einer Einsatzstelle
- Einleiten lebensrettender Sofortmaßnahmen
- Lagemeldung, Nachforderung weiterer Kräfte
- Patientenversorgung
- Dokumentation
- Übergabe an nachfolgende Kräfte
- Einsatznachbereitung

#### 2.7 Was ist nach einem Einsatz zu tun?

- Wiederherstellen der Einsatzbereitschaft
- Hygienemaßnahmen
- Ggf. Nachbesprechung des Einsatzes; Hinweis auf PSNV

#### 2.8 Erstdiagnostik

- Gesamtsituation beobachten
- Wahrnehmung der Patienten
- Patientencheck
- Anamnese

## 2.9 Dokumentation und Patientenüberwachung

- Erfassung der Erstdiagnose
- Erfassung der durchgeführten Maßnahmen
- Dokumentation der Verlaufs
- Personenbezogene Daten

## 3. Bewusstloser Patient und Kreislaufstillstand

### 3.1 Bewusstloser Patient 3,00 Std

- Maßnahmen bei Bewusstlosigkeit
- Beispiele für Ursachen einer Bewusstseinsstörung
- Erkennen einer Bewusstseinsstörung
- Gefahren einer Bewusstseinsstörung
- Monitoring = Überwachung
- Training der Maßnahmen anhand verschiedener Fallbeispiele

### 3.2 Kreislaufstillstand 8,00 Std

- Fallbeispiel Reanimation
- Maßnahmen bei Patienten mit Kreislaufstillstand ohne AED- Einsatz
- Praktisches Üben, Durchführung der Reanimation Defibrillation
- Patienten mit Kreislaufstillstand (AED und Larynx Tubus)
- Kinder- und Säuglingsreanimation
- HLW- Gesamtablauf, Durchführung der Reanimation bei Erwachsenen (mit AED), Kindern und Säuglingen

4.	Atmung und Herz-Kreislauf	
4.1	Atemstörungen	2,00 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Maßnahmen bei Atemstörungen incl. Materialmanagement</li> <li>- Ursachen für Atemstörungen</li> <li>- Anatomie und Physiologie der Atmungsorgane</li> <li>- Fallbeispiel Hyperventilation</li> <li>- Fallbeispiel Asthma</li> </ul>	
4.2	Herz-Kreislaufstörungen	4,00 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Versorgung eines Patienten mit Herz-Kreislaufstörung</li> <li>- Ursachen, Symptome und Maßnahmen</li> <li>- Anatomie Blut, Gefäße und Herz</li> <li>- Physiologie Herz und Kreislauf</li> <li>- Fallbeispiel Koronarsyndrom</li> <li>- Fallbeispiel Koronarsyndrom mit KFZ-Unfall</li> </ul>	
5.	Verletzungen	
5.1	Rettung und Transport	4,00 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Definitionen Rettung/Transport/Bergung nach DIN 13050</li> <li>- Grundsätzliche Überlegungen</li> <li>- Maßnahmen zu Rettung und Transport</li> </ul>	
5.2	Wundversorgung und Verbände	3,50 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Grundsätze der Wundversorgung</li> <li>- Gefahren bei Wunden</li> <li>- Umgang mit Verbandstoffen (steril/unsteril) Umgang mit Blasen</li> <li>- Druckverband</li> </ul>	

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Verbände mit Binden, Verbandpäckchen, Netzverband und Dreiecktüchern an Beispielen</li> <li>- Versorgung von Pfählungsverletzungen</li> <li>- Versorgung von Amputationsverletzungen</li> </ul>	
5.3	Hitzeschäden und Verätzungen	1,00 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ursachen für Verbrennungen/Verbrühungen</li> <li>- Beurteilung der Verbrennung/Verbrühung</li> <li>- Gefahren bei Verbrennungen, Verbrühungen, Sonnenbrand und Verätzungen</li> </ul>	
5.4	Knochen und Gelenkverletzungen	5,50 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anatomischer Überblick</li> <li>- Merkmale/Gefahren von offenen Frakturen</li> <li>- Merkmale/Gefahren von geschlossenen Frakturen</li> <li>- Merkmale/Gefahren von Gelenkverletzungen</li> <li>- Wirbelsäulenverletzungen</li> <li>- Rippenbrüche</li> <li>- Stumpfe Verletzungen des Bewegungsapparates</li> <li>- Ruhigstellung von Knochenbrüchen</li> <li>- Training der Immobilisationsmaßnahmen</li> <li>- Schädelbasisbruch und Gesichtsverletzung</li> <li>- Fallbeispiel</li> </ul>	
5.5	SHT, Thorax- und Polytrauma	1,50 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gehirnerschütterung</li> <li>- Schweres Schädel-Hirn-Trauma</li> <li>- Thoraxtrauma</li> <li>- Polytraumadefinition</li> </ul>	

	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Algorithmus Polytrauma</li> <li>- Versorgung eines Polytraumapatienten</li> </ul>	
6.	Sonstige Notfälle	
6.1	Kollaps	1,00 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Maßnahmen, Erkennen und Gefahren bei               <ul style="list-style-type: none"> <li>a) Hitzeerschöpfung</li> <li>b) Unterzuckerung</li> <li>c) Erschöpfung</li> <li>d) Dehydratation,</li> <li>e) Vasovagale Synkope</li> <li>f) Hyponatriämie</li> </ul> </li> </ul>	
6.2	Schock	1,50 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Erkennen eines Schocks</li> <li>- Gefahren eines Schocks</li> <li>- Maßnahmen bei einem Schock</li> <li>- Training von Maßnahmen</li> </ul>	
6.3	Abdomen	2,00 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anatomie der Verdauungs- und Bauchorgane</li> <li>- Akute Erkrankungen der Bauchorgane</li> <li>- Stumpfe und spitze Gewalteinwirkung auf Bauchorgane</li> <li>- Maßnahmen bei akuten Erkrankungen und Verletzungen der Bauchorgane</li> <li>- Plötzlich auftretende Notfälle</li> <li>- Gynäkologische Notfälle</li> </ul>	
6.4	Allergie	0,75 Std
	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Akute allergische Reaktionen durch</li> </ul>	

- a)     Medikamente
- b)     Insektengifte
- c)     Nahrungsmittel
- d)     sonstige Substanzen
- e)     Anaphylaktischer Schock

6.5     Schlaganfall 0,75 Std

- Erkennungszeichen, Gefahren
- Sauerstoffminderversorgung
- Maßnahmen bei Schlaganfall

6.6     Unterkühlung 1,00 Std

- Erkennen, Gefahren
- Maßnahmen, spezielle Maßnahmen

6.7     Vergiftungen 0,75 Std

- Giftaufnahmewege
- Anzeichen für Vergiftungen
- Maßnahmen bei Vergiftungen

6.8     Sonnenstich 0,50 Std

- Erkennungszeichen
- Gefahren
- Maßnahmen

6.9     Rechtsfragen 1,50 Std

- Schweigepflicht
- Helferpflichten, Rechte des Helfers

- MPG und MPBetreibV
- Auskunft gegenüber Dritten
- Länderspezifische Regelungen
- Versicherungsschutz
- Dokumentation
- Straßenverkehrsrecht

7. Lehrgangsabschluss 1,50 Std

- Prüfung
- Zwei Fallbeispiele
- Ausblick auf das Tätigkeitsfeld als Sanitätshelfer
- weitere organisatorische Schritte

---

48,00 Std

### Anlage 3

(zu § 27 Abs. 1 )

#### **Für die Hygiene im Rettungsdienst im Bundesgesundheitsblatt empfohlene Maßnahmen**

1. Anforderungen der Hygiene an den Krankentransport einschließlich Rettungstransport in Krankenkraftwagen - Anlage zu Ziffer 4.5.3 der „Richtlinie für die Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von Krankenhausinfektionen - Bundesgesundheitsblatt 32/1989, H. 4, S. 169-170
2. Anforderungen der Hygiene an die Infektionsprävention bei übertragbaren Krankheiten Anlage zu Ziffer 5.1 der „Richtlinie für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention" Bundesgesundheitsblatt, Sonderheft Mai 1994
3. Erläuterung zur Anlage 4.5.3 „Anforderungen der Hygiene an den Krankentransport einschließlich Rettungstransport in Krankenkraftwagen" der Richtlinie für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention, Bundesgesundheitsblatt 11/1998, S. 517
4. Empfehlung zur Prävention und Kontrolle von Methicillin-resistenten Staphylococcus aureus-Stämmen (MRSA) in Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen - Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz 1999 - 42:954-958.



## **Anlage 4**

(zu § 33 Abs. 3 )

### **Kontenrahmen für die Buchführung (Klasse 0-8)**

#### **Kontenklasse 0:      Anlagevermögen**

- 00    Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten
- 01    Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten
- 02    Bauten auf fremden Grundstücken
- 03    Anlagen im Bau/Anzahlungen auf Anlagen
- 04    Fahrzeuge (einschl. Fahrzeugeinrichtung und -Ausstattung)
- 05    Einrichtungen und Ausstattung
- 06    Beteiligungen und Finanzanlagen
- 07    Immaterielle Vermögensgegenstände

#### **Kontenklasse 1:      Umlaufvermögen, Rechnungsabgrenzung**

- 10    Vorräte
- 11    Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- 12    Schecks, Kasse, Bank, Postgiro
- 13    Sonstige Vermögensgegenstände
- 14    Aktive Rechnungsabgrenzung

#### **Kontenklasse 2:      Eigenkapital, Rücklagen, Sonderposten, Rückstellungen**

- 20    Eigenkapital

- 21 Rücklagen
- 22 Sonderposten aus Zuschüssen und Spenden
- 23 Rückstellungen

**Kontenklasse 3: Verbindlichkeiten, Rechnungsabgrenzung**

- 30 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
- 31 Verbindlichkeiten aus Krediten
- 32 Erhaltene Anzahlungen
- 33 Sonstige Verbindlichkeiten
- 34 Passive Rechnungsabgrenzung

**Kontenklasse 4: Erträge**

- 40 Erträge aus Leistungen
- 41 Personalkostenerstattungen
- 42 Investitionskostenzuschüsse und zweckgebundene Spenden für Investitionen
- 43 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten
- 44 Sonstige ordentliche Erträge
- 49 Übrige Erträge

**Kontenklasse 5: frei für Erweiterungen**

**Kontenklasse 6: Aufwendungen**

- 60 Löhne und Gehälter
- 61 Gesetzliche Sozialabgaben
- 62 Zusätzliche Altersversorgung

- 63 Aufwendungen für Zivildienstleistende und Ehrenamtliche
- 64 Sonstige Personalaufwendungen
- 65 Kfz-Aufwendungen (einschl. Kfz-Abschreibung)
- 66 Gebäudeaufwendungen
- 67 Aufwendungen für bereichsspezifische Ausstattungen und Verbrauchsmaterialien
- 68 Verwaltungs- und Wirtschaftsbedarf
- 69 Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten

**Kontenklasse 7: Aufwendungen**

- 70 Abschreibungen (ohne Kfz-Abschreibung)
- 78 Sonstige ordentliche Aufwendungen
- 79 Übrige Aufwendungen

**Kontenklasse 8: Eröffnungs- und Abschlusskonten**

- 80 Eröffnungs- und Abschlusskonten

**Anlage 5**

(zu § 34 Abs. 2 )

**Gliederung der Bilanz**

Aktivseite

A. Anlagevermögen:

I. Immaterielle Vermögensgegenstände .....

II.	Sachanlagen		
	1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	.....	
	2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	.....	
	3. Fahrzeuge	.....	
	4. Einrichtungen und Ausstattung	.....	
	5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	.....	.....
		<hr/>	
III.	Finanzanlagen		
	1. Wertpapiere des Anlagevermögens		.....
C.	Umlaufvermögen:		
I.	Vorräte		
	1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	.....	
	2. Fertige Erzeugnisse und Waren	.....	
	3. Geleistete Anzahlungen	.....	.....
		<hr/>	
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
	1. Forderungen aus Leistungen	.....	
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	.....	.....
		<hr/>	
III.	Schecks, Kassenbestand, Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten		.....
D.	Rechnungsabgrenzungsposten		.....
			.....
		<hr/>	

## Passivseite

A.	Eigenkapital		
1.	Vereinsvermögen	.....	
2.	Rücklagen	.....	
3.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag	.....	
4.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	.....	.....
			<hr/>
B.	Sonderposten aus Zuschüssen und Spenden zur Finanzierung des Sachanlagevermögens		.....
C.	Rückstellungen		.....
D.	Verbindlichkeiten		
1.	Verbindlichkeiten aus Krediten	.....	
2.	Erhaltene Anzahlungen	.....	
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen	.....	
4.	Verbindlichkeiten gegenüber Landes- und Bundesorganisationen der Verbände	.....	
5.	Sonstige Verbindlichkeiten	.....	.....
			<hr/>
E.	Rechnungsabgrenzungsposten		.....
			<hr/>
			.....
			<hr/>

## **Anlage 6**

(zu § 34 Abs. 2 )

## Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung

1.	Erträge aus Leistungen	.....	
2.	Personalkostenerstattungen	.....	
3.	Sonstige betriebliche Erträge	.....	.....
		<hr/>	
4.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter, Sozialabgaben, Altersversorgung	.....	
	b) Zivildienstleistende und Ehrenamtliche	.....	
5.	Kfz-Aufwand	.....	
6.	Gebäudeaufwendungen	.....	
7.	Sanitätsmaterial	.....	
8.	Verwaltungs- und Wirtschaftsbedarf	.....	.....
		<hr/>	
	Zwischenergebnis	.....	
9.	Erträge aus Zuschüssen und Spenden zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	.....	
10.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	.....	
11.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten	.....	
12.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen ohne Kfz	.....	
	b) auf Kraftfahrzeuge einschließl. Leasing	.....	

13.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	.....	.....
		<hr/>	
Zwischenergebnis			
14.	Zinserträge	.....	
15.	Zinsaufwendungen	.....	.....
		<hr/>	
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		.....
17.	Außerordentliche Erträge	.....	
18.	Außerordentliche Aufwendungen	.....	.....
		<hr/>	
19.	Außerordentliches Ergebnis		.....
20.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		.....